

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG  
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



## MPIfG FORSCHUNG 2023



*MPiFG Forschung 2023* gibt einen Überblick über das Forschungsprogramm und laufende Forschungsprojekte des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Weitergehende Informationen und Aktualisierungen finden Sie unter [www.mpifg.de](http://www.mpifg.de).

Herausgeberin: Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit am MPiFG [redaktion@mpifg.de](mailto:redaktion@mpifg.de)

März 2023

MPiFG  
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Max Planck Institute for the Study of Societies  
Paulstr. 3 | 50676 Köln | Germany  
Tel. +49 221 2767-0  
[info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de) | [www.mpifg.de](http://www.mpifg.de)



DAS FORSCHUNGSPROGRAMM	3
FORSCHUNGSPROJEKTE IM ÜBERBLICK	13
FORSCHUNGSPROJEKTE IM DETAIL	15
Wirtschaftssoziologie	15
Vermögen und soziale Ungleichheit	20
Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen	23
Politische Ökonomie	25
Politische Ökonomie der europäischen Integration	31
Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden	34
Doktorandenprogramm IMPRS-SPCE	38
Projekte der Emeriti	46
Weitere Projekte	47
PERSONENINDEX	49



Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung befindet sich zurzeit in der vierten Programmperiode seit seiner Gründung im Jahr 1985. Im Mittelpunkt der Forschungsprogramme stand und steht – aus jeweils unterschiedlicher Perspektive betrachtet – die Steuerung und Koordination moderner Gesellschaften. Reale Veränderungen in der Organisation von Wirtschaft und Politik führten zur Formulierung neuer forschungsleitender Fragen und spiegeln sich in den Änderungen des Programms ebenso wider wie die Berufung neuer Direktoren, die neue Forschungsschwerpunkte setzten.

Schwerpunkt der ersten Programmperiode von 1986 bis 1995 waren historisch und international vergleichende Untersuchungen zur Interaktion zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Selbstorganisation in ausgewählten staatsnahen Sektoren. Besonderes Forschungsinteresse richtete sich dabei auf Gesundheitssysteme, Wissenschafts- und Forschungssysteme sowie technische Infrastrukturen, vor allem die Telekommunikation. Ziel war eine realistische, praktisch anwendbare sozialwissenschaftlich fundierte Theorie der Steuerung und Koordination moderner Gesellschaften durch das Zusammenwirken eines interventionistischen Staates und einer sich selbst organisierenden Gesellschaft.

Die zweite Programmperiode von 1996 bis 2005 war eine Antwort auf die wachsende Bedeutung von Märkten und Wettbewerb selbst in jenen Sektoren, die früher staatlich geschützt und kontrolliert waren. So wurde beispielsweise der Telekommunikationssektor, der bis in die Mitte der 1990er-Jahre als Staatsmonopol organisiert war, privatisiert und dereguliert. Ideologischer Wandel und eine veränderte öffentliche Wahrnehmung der Wirklichkeit mögen dazu beigetragen haben, dass in den 1990er-Jahren Märkte zunehmend an Bedeutung gewannen. Ein weiterer Grund war aber ein langfristiger Rückgang nationalstaatlicher Regulierungskapazitäten als Folge der Internationalisierung – einschließlich der europäischen Integration – und des internationalen Regimewettbewerbs. Daraufhin wurden die neu entstehenden Formen der Mehrebenenpolitik sowie die Folgen wirtschaftlicher Liberalisierung für Staaten und Regierungen zu Forschungsschwerpunkten am MPIfG.

Schwerpunkt der dritten Programmperiode von 2006 bis 2016 war die Untersuchung des Übergangs von staatlicher Regulierung zu marktorientierten Formen sozialer Ordnung, wobei den sozialen, kulturellen und politischen Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten besondere Aufmerksamkeit zukam. Die Projekte erforschten zum einen, wie Märkte und Unternehmen in historische, institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind. Zum anderen untersuchten sie die sozialen und politischen Prozesse, die wirtschaftliche Beziehungen im Zeitablauf gestalten. Ziel war die Entwicklung eines empirisch fundierten Verständnisses der sozialen und politischen Grundlagen – oder auch der „Verfassung“ – moderner Wirtschaftsordnungen sowie der Zusammenhänge zwischen sozialem, politischem und wirtschaftlichem Handeln. Ein spezielles Augenmerk lag auf der Untersuchung des Liberalisierungsprozesses, den die verschiedenen Sphären entwickelter Gesellschaften durchliefen, sowie der daraus folgenden „Entbettung“ der kapitalistischen Wirtschaft aus der Obhut von Politik und Staat.

Auch in der aktuellen Programmperiode steht die Wirtschaft im Mittelpunkt der Forschungsagenda. Das Durchdringen der Funktionsweise der Wirtschaft ist eine Voraussetzung für das Verstehen weiterer sozialer Lebensbereiche, einschließlich der politischen Prozesse. Der Ansatz des Instituts besteht aber nicht darin, das Instrumentarium der Wirtschaftswissenschaften auf die Untersuchung gesellschaftlicher und politischer Phänomene anzuwenden. Vielmehr geht es darum, soziologische und politikwissenschaftliche Theorien und Methoden für ein Verständnis wirtschaftlicher Phänomene und ihres Verhältnisses zu gesellschaftlichen und politischen Prozessen fruchtbar zu machen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Kapitalismus als historisch bedingter soziopolitischer Ordnung. Besonderes Interesse gilt zum einen seiner

Instabilität, die sich in der zunehmenden Schwierigkeit zeigt, die materiellen und ideellen Ressourcen zu erzeugen, die für seine Reproduktion erforderlich sind. Zum anderen richtet es sich auf die vielfältigen Herausforderungen für die Gesellschaft und die Prozesse der demokratischen Politik, die durch diese Instabilität entstehen. Erst durch die Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden wirtschaftliche Dynamiken und gesellschaftliche Entwicklungen im Ganzen erkennbar.

In dieser breit gefächerten Ausrichtung setzt das Institut weiterhin auf eine enge Verzahnung von Wirtschaftssoziologie und Politischer Ökonomie. Während die Politische Ökonomie vorrangig Phänomene auf der Makroebene zu erklären sucht, liegt die spezielle Stärke der Wirtschaftssoziologie in ihrer Ausrichtung auf die Mikroebene gesellschaftlicher Interaktionen in der Wirtschaft. Diese beiden Traditionen in einen engen Dialog miteinander zu bringen und in einer für beide Seiten fruchtbaren Weise anzuwenden, betrachten wir als ein wichtiges Ziel der Forschung am MPIfG. Dies bedeutet, auch der Frage der Bildung von Präferenzen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da sie von kognitiven Rahmenbedingungen, sozialen Beziehungen und Institutionen beeinflusst werden. Dazu gehört auch, die Rolle von Erwartungen ernst zu nehmen und diese in ihren sozialen Kontexten zu untersuchen. Erforscht werden die konkreten historischen Prozesse der Entstehung und Verbreitung von Erwartungen. Ebenso muss die Rolle kollektiver Akteure, neuer digitaler Technologien sowie der Medien, die alle an der Ausgestaltung von Präferenzen beteiligt sind, berücksichtigt werden. Und schließlich erfordert die Verzahnung von Wirtschaftssoziologie und Politischer Ökonomie, die Interaktionen von Akteuren als eingebettet in soziale und politische Kräftefelder zu verstehen, in denen einige Akteure nicht nur die Fähigkeit haben, Tauschergebnisse zum Vorteil beider Seiten herbeizuführen, sondern auch – direkt oder indirekt – anderen ihre Präferenzen aufzuzwingen.

— 1 Ausgangspunkt für die Analyse des Kapitalismus, der als ein per se dynamisches System verstanden wird, ist ein Ungleichgewichtsansatz: Zwar können kapitalistische Ökonomien bisweilen ausgedehnte Stabilitätsphasen durchlaufen, doch selbst dann bleiben sie anfällig für interne Konflikte, da Akteure danach streben, die Konditionen des Status quo zum eigenen Vorteil zu verändern. Letztlich wird jede Stabilitätsphase aufgehoben – durch endogene Kräfte sowie exogen bewirkte Wandlungsprozesse, die eine neue Phase scheinbarer Stabilität einläuten können.

Für das MPIfG, das zur Etablierung der vergleichenden Kapitalismusforschung als Forschungsfeld erheblich beigetragen hat, gehört es zum Grundverständnis, dass es unterschiedliche Formen des Kapitalismus gibt, die weder nach Effizienzkriterien noch nach Reifegrad entlang eines evolutionären Entwicklungspfadens angeordnet werden können. Frühere Forschungsergebnisse am MPIfG haben jedoch auch gezeigt, dass die verschiedenen „Spielarten des Kapitalismus“ nicht als institutionelle Gleichgewichte verstanden werden dürfen und allgemeinen Trends wie der Liberalisierung, der Finanzialisierung und zunehmender sozialer Ungleichheit unterliegen.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben diesen Ungleichgewichtsansatz zur Erforschung der Wirtschaft in ihren Beziehungen zur Gesellschaft bestätigt. Die globale Finanzkrise von 2007 hat gezeigt, dass die Vorstellung einer „Great Moderation“, in der Konjunkturschwankungen gesteuert werden können, indem man Zentralbanken ihre Inflationsziele unabhängig von politischen Interventionen erreichen lässt, Märkte bei minimaler Regulierung effizient funktionieren und Arbeitslosigkeit dauerhaft durch eine Flexibilisierung der Institutionen des Arbeitsmarkts gesenkt werden kann, eine fromme Illusion gewesen war – und vielleicht auch ideologisch verbrämt. Es stellte sich heraus, dass Wachstum hochgradig abhängig von einem überdimensionierten Finanzsektor und darüber hinaus höchst ungleich verteilt war: Die meisten Erträge flossen dem inzwischen berüchtigten „Top-1-Prozent“ zu. Im Nachhinein betrachtet, war der durch die Finanzkrise verursachte Schock jedoch partiell und vorübergehend. Die massiven Interventionen der Zentralbanken – auch durch unorthodoxe Maßnahmen – trugen zu einer erneuten Stabilisierung der Wirtschaft bei und erzeugten den

Eindruck, eine Rückkehr zur Normalität sei möglich. Doch gleichzeitig riefen sie neue Risiken, Ungleichheiten und Instabilitäten hervor.

Der Ausbruch der Coronapandemie im Jahr 2020 – ein weiterer „Schwarzer Schwan“, der zwar von einigen antizipiert, jedoch von politischen Entscheidungsträgern nicht ernsthaft für möglich erachtet worden war – hat einmal mehr die Rolle ungewisser Zukünfte und die Anfälligkeit des liberalisierten Kapitalismus vor Augen geführt. Er hat die Defizite eines Regulierungssystems enthüllt, das private Märkte mit der Lösung sozialer Probleme betraut. Die Abhängigkeit von privaten Anbietern für Dienstleistungen der Grundversorgung, die globale Organisation von Lieferketten sowie der Ruf nach Kürzungen von Gesundheits- und Sozialausgaben dürften künftig auf größere Widerstände stoßen. Die Globalisierung, die sich bereits vor der Coronakrise in der Defensive befand, könnte abermals an einem historischen Wendepunkt stehen. Auch dies unterstreicht den Hauptansatzpunkt der Forschung am MPIfG, der besagt, dass wirtschaftliche Phänomene ausschließlich in ihrer Interaktion mit Politik und Gesellschaft verstanden werden können. Die Untersuchung der gesellschaftlichen Folgen dieser Krise sowie der politischen Antworten hierauf wird eine neue Aufgabe der Forschung im Bereich der Wirtschaftssoziologie und der Politischen Ökonomie sein.

— 2 Wie werden sich diese Trends auf die Steuerung und Koordination entwickelter Gesellschaften auswirken? Demokratischer Kapitalismus braucht Wachstum. Zugleich unterliegt das System dem demokratischen Erfordernis, in regelmäßigen Zeitabständen eine tragfähige Wahlmehrheit sicherzustellen. In den vergangenen einhundert Jahren basierte die gesellschaftliche und politische Integration darauf, Verteilungskonflikte mithilfe wirtschaftlichen Wachstums zu befrieden und staatsbürgerlichen Erwartungen hinsichtlich materieller Verbesserungen nachzukommen. Doch schon lange vor der Großen Rezession schrumpften in allen entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften die Wachstumsraten und der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung stagnierte. Wie die Literatur zur „säkularen Stagnation“ zeigt, konnte Wachstum – wenn auch auf niedrigerem Niveau als in der Nachkriegszeit – nur beibehalten werden, indem wiederholt auf außergewöhnliche Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft zurückgegriffen wurde, etwa die Nutzung regelmäßig auftretender Spekulationsblasen, eine immer lockerere Geldpolitik oder ein leichter Zugang zu privater Verschuldung.

Ausgangspunkt der Forschung am MPIfG zur Politischen Ökonomie von Wachstumsmodellen ist die Annahme säkularer Stagnation. In den Nachkriegsjahren basierte wirtschaftliches Wachstum auf einem Modell, in dem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Gleichschritt mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot wuchs – dank Institutionen, die sicherstellten, dass sich Produktivitätssteigerungen in Realeinkommen niederschlugen. Dieses „fordistische“ oder „lohnorientierte“ Wachstumsmodell wurde jedoch durch interne und externe Veränderungen untergraben. Aufgrund einer in den 1970er-Jahren einsetzenden Verschiebung der Einkommensverteilung weg vom Arbeits- und hin zum Kapitaleinkommen sahen sich entwickelte Länder einem Problem gegenüber, das durch exzessives Sparen sowie Nachfrageausfall gekennzeichnet war und dem sie mit der Aktivierung einer Reihe von alternativen Nachfragetreibern begegneten. In einigen Fällen wurde das Wachstum überwiegend durch den kreditfinanzierten Konsum der inländischen Haushalte aufrechterhalten, der durch den leichteren Zugang der Haushalte zur Verschuldung oder durch Wohlstandseffekte aus Vermögenswertsteigerungen (einschließlich Wohneigentum) möglich wurde. In anderen Fällen beruhte das Wachstum stark auf externer Nachfrage, was zu exportorientierten Wachstumsmodellen führte. Weitere Länder konnten mehrere Wachstumstreiber kombinieren, während wiederum andere keine Alternativen zum lohnorientierten Wachstumsmodell fanden. Die verschiedenen Wachstumsmodelle beruhen auf spezifischen Schlüsselsektoren und den damit verbundenen Koalitionen von zentralen Produzentengruppen.

Die Forschung im Projektbereich Politische Ökonomie wird den Ansatz der Wachstumsmodelle weiterentwickeln und dabei untersuchen, wie sich Krisen auf nationale Entwicklungspfade auswirken, vor allem im Hinblick auf eine künftig spürbar stärkere

Rolle des Staates bei der Steuerung der Wirtschaft. Ein besonderes Augenmerk wird auf der politischen Dimension von Wachstumsmodellen liegen. Wir streben einen Mittelweg zwischen den politökonomischen Ansätzen der „Koalition der Produzentengruppen“ und der Erklärung durch Wahlverhalten an. Ersterer betont den Einfluss wirtschaftlicher Akteure und Interessengruppen auf politische Grundsatzentscheidungen. Letzterer hebt die Präferenzen der Wählerschaft als die wesentlichen Determinanten politischer Richtungsentscheidungen hervor. Beide Ansätze haben ihre Stärken und Schwächen. Der Ansatz der Koalition der Produzentengruppen kann oft überzeugend erklären, warum bestimmte politische Grundsatzentscheidungen getroffen werden, doch erachtet er es als nahezu selbstverständlich, dass demokratische Mehrheiten auch gebildet werden können. Der Ansatz, der das Wahlverhalten in den Mittelpunkt stellt, sieht sich dem entgegengesetzten Problem gegenüber: Er vernachlässigt, dass manche Interessen stärker wiegen als andere.

Unser Ansatz unterscheidet zwischen Politikgestaltung und Konsensmobilisierung. In Einklang mit dem Ansatz der Koalition der Produzentengruppen werden politische Grundsatzentscheidungen als von „dominanten wachstumsorientierten Koalitionen“ gestaltet aufgefasst, die durch gemeinsame – Klassengrenzen womöglich überschreitende – Interessen zusammengehalten werden. Jedoch kann in Anlehnung an den Ansatz der Wählerpräferenzen im demokratischen Kapitalismus eine Konsensmobilisierung weder als selbstverständlich gelten noch ignoriert werden. Die dominante wachstumsorientierte Koalition muss eine Wahlmehrheit aufbauen, die bereit ist, ihre zentralen politischen Maßnahmen mitzutragen. Dies wird leichter gelingen, wenn das Wachstumsmodell eine angemessene Wachstumsrate generiert, die zum Teil eingesetzt werden kann, um jenen einen Ausgleich anzubieten, die durch das Modell Nachteile erleiden. Dies ist allerdings nur möglich, wenn diese Gegenleistung den strukturellen Grundlagen des Wachstumsmodells nicht widerspricht. Wir stellen zudem die Hypothese auf – und beabsichtigen, diese zu testen –, dass eine dominante wachstumsorientierte Koalition Vorherrschaft ausübt in dem Sinn, dass sie die Ansichten einer breiteren, über den Kern des Wachstumsmodells hinausgehenden Koalition prägen kann. Zur Darstellung der Größe und Zusammensetzung von unterstützenden Koalitionen in verschiedenen Ländern wird eine Vielzahl von Methoden eingesetzt werden, unter anderem große Umfrageprojekte.

Die künftige Forschung wird Wachstumsmodelle nicht nur aus dem Blickwinkel der Vergleichenden Politischen Ökonomie untersuchen, sondern auch aus dem der Internationalen Politischen Ökonomie. Wachstumsmodelle sind aufeinander angewiesen und in eine stark strukturierte internationale Finanzhierarchie eingebettet. Außerdem wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Produktion in globale Wertschöpfungsketten umorganisiert. Exportorientierte und konsumorientierte Wachstumsmodelle benötigen einander, da die Exportüberschüsse des einen Landes den kreditgestützten Konsum in dem anderen Land mitfinanzieren. Exportorientierte Volkswirtschaften stützen die Rolle des US-Dollars als internationale Währung, indem sie ihre Exportüberschüsse in Dollar umwandeln. Mittels einer Perspektive der Internationalen Politischen Ökonomie lässt sich zwischen zentralen und peripheren Wachstumsmodellen unterscheiden. Zentrale konsumorientierte Wachstumsmodelle können Auslandsschulden nahezu ohne Korrekturbedarf anhäufen, da der Rest der Welt ihnen bereitwillig Geld leiht. Anders ausgedrückt: Die Leistungsbilanz stellt für diese Länder keine Einschränkung dar. Demgegenüber sind periphere konsumorientierte Wachstumsmodelle den Fähigkeiten grenzüberschreitender Finanzströme völlig ausgeliefert. In einem zentralen exportorientierten Wachstumsmodell stehen nationale Unternehmen an der Spitze globaler Wertschöpfungsketten. Demgegenüber liegt in einem peripheren exportorientierten Wachstumsmodell das Eigentum an Exportunternehmen in ausländischen Händen. Alternativ versorgen inländische Unternehmen Lieferketten, an deren Spitze ausländische Unternehmen stehen. Dies beschränkt die Möglichkeiten der inländischen Unternehmen, Gewinne zu erzielen und eine bessere Position in der Wertschöpfungskette zu erlangen, wodurch ihr Land in Abhängigkeit von ausländischem Kapital geraten kann.

Wachstumsmodelle als eingebettet in eine hierarchisch strukturierte internationale politische Ökonomie zu verstehen, erfordert es ebenfalls, sich mit dem Thema „Wissensökonomie“ auseinanderzusetzen. Verschiedene wichtige Zweige der sozialwissenschaftlichen Forschung stellen die Wissensökonomie als das Ergebnis langfristiger Entwicklungstrends auf der Angebotsseite der Wirtschaft dar: eine allgemeine Zunahme der Bildungsabschlüsse kombiniert mit einer Form technischen Fortschritts, der Qualifizierte und Hochqualifizierte begünstigt, sowie neue Formen der Komplementarität von hoher Qualifikation und Kapital („Kolo-kation“). Argumentiert wird, dass diese Kombination einen Einstellungswandel der Wählerschaft und ein Verkümmern der traditionellen fordistischen Allianz zwischen Facharbeitskräften und angelernten Arbeitskräften nach sich zieht. Infolgedessen unterstützt der „maßgebliche“ Wähler nicht länger traditionelle Umverteilungsmaßnahmen, sondern begrüßt bereitwilliger „soziale Investitionen“. Das Management der Wissensökonomie wird als ein kompetentes Management angebotsorientierter Politik betrachtet, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung von Humankapital und von Forschung und Entwicklung.

Doch ist die Wissensökonomie auch Teil einer grundlegenden Verschiebung hin zum „Kapitalismus der intellektuellen Monopole“. Die Hierarchie der Spitzenunternehmen weltweit hat sich verändert. Unternehmen mit hohen materiellen Vermögenswerten wie General Motors sind durch Unternehmen mit hohen immateriellen Vermögenswerten wie Google und Facebook verdrängt worden. Das wichtigste Kapital dieser Unternehmen sind ihre Rechte an geistigem Eigentum, dessen wirtschaftlicher Wert von einem internationalen Regulierungssystem abhängt, das es schützt. Diese Unternehmen erzielen einen überproportionalen Anteil der globalen Unternehmensgewinne, die sie aber nur zum Teil mit ihrer Kernbelegschaft teilen. Vielmehr verwenden sie sie vornehmlich, um den Markteintritt neuer Wettbewerber zu verhindern, beispielsweise durch präventive Übernahmen. Diese Verschiebung hin zu immateriellem Kapital und Rechten an geistigem Eigentum hat bedeutende Auswirkungen auf die Nachfrageseite und trägt zu säkularer Stagnation bei, da Unternehmen, die auf immaterielles Kapital bauen, tendenziell deutlich weniger investieren und weniger Arbeitsplätze schaffen als die früheren Top-Unternehmen. Stattdessen neigen sie dazu, ihre Gewinne einzubehalten oder an ihre Aktionäre auszuschütten.

— 3 Der überwiegend makroökonomisch orientierte Forschungsansatz zu Wachstumsmodellen findet am MPIfG mit der Forschung im Projektbereich „Wirtschaftssoziologie“ ein stärker mikroökonomisch orientiertes Pendant. Die inhärente Instabilität des Kapitalismus entstammt auch dem steten Drang der kapitalistischen Akteure, unternehmerisches Neuland zu erschließen – ein Drang, der durch die Mechanismen des wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerbs sowie die Gewinnorientierung wirtschaftlicher Entscheidungen institutionalisiert wird. Zudem streben Verbraucher – motiviert durch gesellschaftliche Statuskonkurrenz und die Marketinganstrengungen von Unternehmen – nach neuen Konsumerlebnissen. Dadurch schaffen sie Raum für die Nachfrage nach einer scheinbar endlosen Flut neuer Produkte. Das permanente Streben nach Neuheit, dem das kapitalistische Wirtschaftssystem unterliegt, rückt zunehmend als ein Treiber und als die eigentliche Voraussetzung der Destabilisierung in den Fokus der Forschung.

In der jüngeren Vergangenheit hat das MPIfG zum Verständnis der Rolle von Zukunftserwartungen beigetragen, wobei es den Fokus auf die Erwartungen der Akteure als entscheidenden Treiber und Anpassungsmechanismus der kapitalistischen Dynamik gelegt hat. Entgegen dem vorherrschenden Verständnis der Makroökonomie werden Erwartungen nicht als abhängig von Informationen aus der Vergangenheit angesehen. Vielmehr werden sie als auf möglichen Vorstellungen künftiger Entwicklungen basierend betrachtet. „Fiktionale Erwartungen“ gestalten die kapitalistische Dynamik dann, wenn Akteure bestimmten Vorstellungen von der Zukunft Glaubwürdigkeit beimessen und sie zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Angesichts der Ungewissheit der Zukunft und ihrer Gestaltbarkeit können fiktionale Erwartungen Orientierung in Entscheidungssituationen bieten und hierdurch die Ungewissheit reduzieren. Zugleich können sie jedoch die Ungewissheit erhöhen, da sie das Feld

der imaginierten möglichen Ergebnisse erweitern. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, beruht die Instabilität des Kapitalismus auf der ihm inhärenten Orientierung an der Zukunft – und deren Unbestimmtheit.

Bei genauerer Betrachtung lässt sich die Bedeutung imaginierter Zukünfte in jedem Bereich wirtschaftlicher Entscheidungsfindung und Politikgestaltung entdecken. Sie gilt für Investitionen, die auf Einschätzungen künftiger Rentabilität beruhen müssen, für Innovationen, bei denen sich Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sowie Investoren die technologische und marktliche Realisierbarkeit geplanter neuer Produkte vorstellen müssen, und selbst bei der Verwendung von Geld, dessen Wert von der Erwartung abhängt, es künftig für den Kauf werthaltiger Produkte verwenden zu können. Entscheidungen über die Humankapitalbildung hängen zum Teil von Vorstellungen über künftige berufliche Möglichkeiten ab. Der Wert von Finanzprodukten – seien es Anleihen, Aktien oder Derivate – beruht auf den Einschätzungen über deren künftige Wertentwicklung, einschließlich der Einschätzung der Erwartungen anderer Marktteilnehmer. Ein Verständnis der Prozesse des Entstehens und der Veränderung von Erwartungen ist wesentlich, um die makroökonomischen Prozesse Innovation, Wirtschaftswachstum, Konsumentennachfrage, Spekulationsblasen, Geldwertstabilität und Wirtschaftskrisen zu ergründen. Die Erforschung von Erwartungen schlägt auch eine Brücke zu Technologiestudien, da erwartete technologische Fortschritte unter den imaginierten Zukünften wirtschaftlicher Akteure weit oben rangieren.

Außerdem sind Prognosetechniken wie Vorhersagen, Szenario-Analysen oder Investitionsrechnungen bedeutende Anker für die Gestaltung der Narrative, auf denen Erwartungen beruhen. Der Ansatz ist gleichermaßen relevant für das Verständnis politischer Prozesse, in denen Entscheidungen ihre Legitimität in den in Aussicht gestellten Ergebnissen finden und es zu einer Krise kommt, wenn die geweckten Erwartungen enttäuscht werden. Die aktuelle politische Lage kann als eine Situation interpretiert werden, in der die imaginierten Zukünfte der neoliberalen Reformen ihre Strahlkraft verloren haben – nicht zuletzt aufgrund der von ihnen hervorgerufenen sozialen Ungleichheiten. Wenn Erwartungen in den Mittelpunkt einer Untersuchung kapitalistischer Dynamik gestellt werden, trägt dies zum Verständnis der immerwährenden Veränderungsprozesse bei, die als Instabilität erfahren werden, aber auch die hohe Stabilität des Systems garantieren. Der Kapitalismus bietet Raum für jegliche Vorstellung, die künftige Gewinne verspricht. Er stellt in normativer wie in substantzieller Hinsicht keine besonderen Anforderungen und ist dadurch besonders flexibel.

Das Fundament dieser Theorie der Erwartungen und ihre Relevanz für die kapitalistische Dynamik sind bereits in Forschungsarbeiten der vergangenen Jahre aufgezeigt worden. Die künftige Forschung am MPIfG wird diesen Ansatz weiterführen, um bedeutende empirische Phänomene des modernen Kapitalismus zu erforschen und dabei die Theorie weiterzuentwickeln. Dies gilt beispielsweise für die Frage nach den Quellen und Bedingungen der Glaubwürdigkeit bestimmter Erwartungen, der Beziehung zwischen Erwartungen und gemachten Erfahrungen sowie zwischen Erwartungen und Institutionen wie auch der Veränderung von Erwartungen in Krisensituationen. Empirisch erforschen die Projekte etwa die Rolle künftiger Erwartungen bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen oder die Bedeutung von Kalkulationsinstrumenten, deren Zweck es ist, Bilder von der Zukunft zu erschaffen, die bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung verwendet werden. Das MPIfG wird die Forschung zu Erwartungen auch für das Verständnis dominanter Wachstumsmodelle sowie deren Stabilität und Veränderungen fruchtbar machen.

Darüber hinaus wird das MPIfG ein neues Forschungsfeld zum Thema Reichtum und Vermögensungleichheit aufbauen, das an abgeschlossene Arbeiten zur Vermögensvererbung und Erbschaftsbesteuerung anknüpft. Die Kehrseite des Nachfragedefizits, das durch die Verschiebung in der Einkommensverteilung weg von Arbeits- und hin zu Kapitaleinkommen entstanden ist, ist der Kapitalüberfluss. Dieser drückt sich in einem starken Anstieg der frei verfügbaren Vermögen an der Spitze der Einkommensverteilung sowie einer zunehmenden Vermögensungleichheit aus. Die Anhäufung riesiger Vermögen bei gleichzeitig fortschreitender Entkopplung von Erspartem (das

zunimmt) und produktiv Investiertem (das zurückgeht) ist eine der Determinanten der säkularen Stagnation und der Instabilität wirtschaftlichen Wachstums.

Diese Entwicklung lässt sich auch aus dem Blickwinkel der Eigentümer von Privatvermögen betrachten. Der wachsende Kapitalstock konzentriert sich in den Händen einer sehr kleinen Gruppe von Wohlhabenden an der Spitze der Vermögensverteilung. Während Kapitalismus von Dynamik und Instabilität geprägt ist, weist der Besitz von Vermögen oft eine lang währende Kontinuität auf, in der Familienvermögen dynastisch über Generationen hinweg weitergegeben wird. Dies wirft Fragen zur sozialen Mobilität und sozialen Ungleichheit auf – Themen, die aktuell im Mittelpunkt vieler sozialwissenschaftlicher Untersuchungen stehen. Die Forschung am MPIfG zu diesem Thema wird große Vermögen empirisch und historisch zum einen auf Kontinuitäten und zum anderen auf Brüche hin untersuchen, die aus externen Schocks oder intrinsisch verursachten Misserfolgen resultieren können. In den Vordergrund der Forschung wird die Familie rücken – anstelle des Unternehmens –, da sie die Einheit ist, die Kontinuität sicherstellt: nicht nur im Familienkapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern auch im heutigen Asset-Manager-Kapitalismus. Wir werden weniger die Manager, sondern vielmehr die Eigentümer von Vermögen untersuchen. Unser Interesse zielt dabei insbesondere auf die Mechanismen zur Perpetuierung großer Vermögen ab. Dazu gehört auch der Einsatz von Rechtsinstrumenten, um Vermögen vor dem Zugriff des Staates zu schützen oder familiäre Konflikte zu begrenzen. Ebenso gilt es der Vermögenserhaltung durch Asset Management, der Herbeiführung wirtschaftlich vorteilhafter rechtlicher Regelungen durch Lobbyismus oder der Erzeugung gesellschaftlichen Wohlwollens durch philanthropisches Engagement. Wie werden privilegierte Positionen praktisch erhalten? Was verursacht Brüche in diesen Positionen? Forschungsprojekte werden auch die Frage beleuchten, wie Superreiche über die Gesellschaft und die eigene Position in ihr denken, und hiermit einen Beitrag zum Verständnis der ideellen Beschaffenheit der wirtschaftlichen Elite leisten. Im Hinblick auf die Gesellschaftstheorie werden die Projekte zum Verständnis der zentralen Eigenschaften moderner Gesellschaften beitragen. Während die Gesellschaftstheorie in der Mitte des 20. Jahrhunderts den pluralistischen Charakter des demokratischen Kapitalismus hervorhob, führten die Verschiebungen in der Verteilung von Vermögen und Macht im Lauf der vergangenen Jahrzehnte dazu, dass Begriffe wie Refeudalisierung oder oligarchischer Kapitalismus auftauchten – Begriffe, die zwar einen tief greifenden Wandel anzeigen, aber noch nicht das spezifisch Neue der Entwicklung fassen.

— 4 Ein weiterer Forschungsbereich, den das MPIfG ausbauen möchte, ist die Untersuchung gesellschaftlicher Transformation durch technologischen Wandel. Dieser Bereich wird ebenfalls zur Erforschung der Instabilität des Kapitalismus beitragen, da Störungen durch technologische Neuerungen eine der Hauptursachen dieser Instabilität sind. Neue digitale Technologien führen zu einer Umverteilung der Risiken am Arbeitsmarkt. Dieser Trend wird sich auf die Präferenzen für Sozialprogramme ebenso wie auf Steuersysteme, Umverteilungsprozesse und die Parteibindung in der Wählerschaft auswirken. Technologischer Wandel und die verbesserten Möglichkeiten einer immer präziseren Überwachung der Arbeitsleistung können Arbeitsmärkte in Dienstleistungsmärkte für Arbeit verwandeln, was mangels eines regulatorischen Wandels enorme Auswirkungen auf den Schutz der Beschäftigten und die wirtschaftliche Ungleichheit haben könnte.

In Politik und Demokratie erzeugt technologischer Wandel gegensätzliche Erwartungen zukünftiger Entwicklungen. Einerseits behebt die Digitalisierung das Problem der Komplexität von Daten, wodurch direkte Demokratie konkret möglich wird. Andererseits werden Regierungen (im In- und Ausland) sowie Interessenvertretungen hierdurch in die Lage versetzt, den demokratischen Prozess zu manipulieren und damit die politische Ordnung möglicherweise zu destabilisieren. Es kommt entscheidend darauf an, zu verstehen, wie diese gegensätzlichen Trends die Entwicklung der Demokratie gestalten.

Eine weitere Implikation neuer digitaler Technologien besteht im Totalverlust der Privatsphäre durch Daten sammelnde Unternehmen und den Staat, der das Verhalten der

Bürgerinnen und Bürger bis ins Kleinste überwachen kann. Technologien zur Verhaltensprognose ermöglichen völlig neue Dimensionen der Manipulation von Verbrauchern, aber auch vorhersagende Polizeiarbeit (Predictive Policing) oder das Anpassen von Kreditentscheidungen und Versicherungsverträgen entsprechend zunehmend verfeinerter Bewertungssysteme. Forschungsergebnisse belegen, dass dies leicht zu neuen Formen der Ungleichheit und Diskriminierung führen kann. Zudem prägen digitale Plattformen wie Facebook, YouTube oder Dating-Websites die Strukturen sozialer Interaktionen in der Gesellschaft nachhaltig. Schließlich können sich auch Stadtlandschaften dramatisch verändern: durch die Entwicklung der „Smart City“, in der jede Interaktion mit dem sozialen und physischen Umfeld eine Quelle von Daten darstellt, die aufgezeichnet und gespeichert werden können. Dies lässt eine effizientere Koordination zu, bietet jedoch auch vielfältige Gelegenheiten zu Überwachung und Nudging, mit negativen Folgen für die Freiheit des Einzelnen sowie die Privatsphäre.

Die Rolle des technologischen Wandels für die gesellschaftliche Dynamik wird zum Teil bereits jetzt in der Forschung des MPIfG reflektiert. Neue Technologien gehen aus Erwartungen hervor, anders ausgedrückt: aus Projektionen technologischer Entwicklungspfade. Solche Prozesse werden aktuell in Projekten untersucht, die einen Ansatz aus der Wissenschafts- und Technikforschung verwenden. Aus der Perspektive der Politischen Ökonomie betrachtet, wirken sich neue Technologien auf die Organisation der Produktion, die Verteilung von Risiken sowie das Niveau und die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus.

— 5 Anknüpfend an das Thema der Instabilität des Kapitalismus gehörte die Untersuchung der Eurozone schon immer zu den Hauptachsen der Forschung am MPIfG. Bereits früh wurden die Probleme einer Währungsunion untersucht, die politisch und wirtschaftlich sehr verschiedene Länder zusammengeführt hat. Die Forschungsarbeiten antizipierten die Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzen, die zur Staatsschuldenkrise ab 2010 führten. Später kritisierten die Forscherinnen und Forscher des MPIfG die Steuerungsmaßnahmen, die zur Eindämmung der Krise eingeleitet worden waren (verstärkte fiskalische Überwachung sowie strenge Auflagen für den Zugang zu Rettungsfonds), da sie sowohl die Output- als auch die Input-Legitimität beeinträchtigten.

Weitere Projekte am MPIfG zur Europäischen Union widmen sich den sozialen und kulturellen Prozessen, die der Befürwortung oder Ablehnung der europäischen Integration zugrunde liegen. Durch die Coronapandemie könnte die Eurokrise in eine neue Phase eintreten. Die Krisenreaktion wird weitere Staatsdefizite und Schulden hervorrufen, die zu erneuten Spannungen auf den internationalen Finanzmärkten und zwischen europäischen Regierungen führen könnten. Die Forschung am MPIfG zur Europäischen Union wird diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen: Wird das Mandat der EZB weiter ausgebaut? Wird es Bestrebungen zur Kollektivierung von Staatsschulden in Eurobonds oder ähnlichen Finanzprodukten geben? Werden weitere Sparmaßnahmen kommen? Und werden politische Kräfte erstarken, die einen Austritt aus der Gemeinschaftswährung fordern? Welche Richtung die europäische Integration auch nimmt – klar ist, dass sich die Europäische Union einer Phase bisher nicht gekannter Instabilität und Ungewissheit gegenüber sieht, die mit Ansätzen der Wirtschaftssoziologie wie auch der Politischen Ökonomie erforscht werden muss.

— 6 In Anbetracht der dominanten Rolle der Finanzmärkte im modernen Kapitalismus und dessen Instabilität wird der Finanzsektor auch weiterhin einen wichtigen Platz auf der Forschungsagenda des MPIfG einnehmen. Die Forschung am MPIfG zu Finanzmärkten und dem Geldsystem hat viele Facetten, doch enthält sie zwei Schwerpunkte: die Erforschung öffentlicher Finanzen und Schuldenregime sowie der Geldpolitik von Zentralbanken. Zu den zentralen Veränderungen der vergangenen vierzig Jahre in der Beziehung zwischen Staat, Wirtschaft und Politik zählt, dass sich Staaten tendenziell aus der Rolle zurückgezogen haben, die sie bei der Verringerung von Ungleichheit mithilfe ihrer Steuersysteme und öffentlichen Ausgabenprogramme gespielt hatten. Ebenso befassen sie sich nicht mehr mit den Instabilitäten, die durch exzessive Finanzialisierung entstehen. Warum das so ist, ist für die Politische Ökonomie wie

auch die Wirtschaftssoziologie eine entscheidende Frage. Eine weitere bedeutende Entwicklung, die wir beobachten, ist die immer wichtiger werdende Rolle der Zentralbanken bei der Steuerung privater und öffentlicher Investitionen und Schulden. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Gestaltung der Erwartungen von Akteuren auf Finanzmärkten, Investoren und Verbrauchern zum vorherrschenden Werkzeug der Geldpolitik geworden. Die Forschung am MPIfG befasst sich mit dem Wandel der Zentralbankpolitik und untersucht, welche Instrumente die Zentralbanken einsetzen und wie sie ihr Handeln gegenüber Politik und Öffentlichkeit legitimieren.

— 7 Gegenstand der Forschung am MPIfG werden auch weiterhin formale und informale Institutionen in historischer und vergleichender Perspektive sein. Institutionen spielen eine entscheidende Rolle, um die Integration, Stabilität und Funktionsfähigkeit jeglicher sozialen Ordnung sicherzustellen. Darüber hinaus erlaubt ein historisch-vergleichender Ansatz einen besonders weit reichenden Zugang zum Verständnis gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Dabei wird die Untersuchung von Institutionen Teil eines breiter angelegten Zugangs sein, der sowohl die wichtigsten politischen Maßnahmen – makroökonomische wie strukturelle – als auch die sozialen Koalitionen, die sie unterstützen, sowie die Rolle von Ideen, kognitiven Rahmen und Erwartungen umfasst. Institutionen, politische Prozesse und kognitive Rahmen stehen in wechselseitigen Beziehungen zueinander, in denen jedes Element die anderen stärkt oder schwächt und auf diese Weise zur Dynamik der sozialen Ordnung beiträgt. Institutionen spielen bei der Gestaltung politischer Maßnahmen eine bedeutende Rolle (ein Beispiel hierfür ist die Beziehung zwischen Zentralbankunabhängigkeit und der Geldpolitik), doch Gleiches gilt für die Wahlpolitik und das kulturspezifisch geprägte Situationsverständnis der Akteure.

Methodisch wird die Forschung am MPIfG historische, ethnografische, qualitative und quantitative Ansätze kombinieren. Dabei werden Methoden weiterhin als Werkzeuge angesehen, deren Anwendung von der Forschungsfrage abhängt, und nicht umgekehrt. Die Untersuchungen werden sowohl die mikro- als auch die meso- und makroanalytische Ebene abdecken. Häufiger als zuvor sollen große Umfragen durchgeführt werden, um die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber verschiedenen Aspekten makroökonomischer und weiterer politischer Maßnahmen zu untersuchen. Weitere Methoden, wie etwa Umfrageexperimente, können angewendet werden, sofern die Forschungsfragen dies erfordern. Bei der Untersuchung der öffentlichen Meinung ist weder beabsichtigt, diese zu verdinglichen, noch vorzugeben, Individuen würden umfassend informiert oder rational oder konsistent handeln. Vielmehr geht es darum, zu verstehen, wie sich die Präferenzen und Erwartungen von Individuen und Gruppen in Reaktion auf neue Informationen oder neue diskursive Rahmen verändern. Darüber hinaus soll der auf die Bildung von Präferenzen und Erwartungen gelegte Fokus einen fruchtbaren Austausch zwischen den verschiedenen Projektbereichen des MPIfG bewirken.

*Köln, im November 2021*



## WIRTSCHAFTSSOZIOLOGIE

### Marktsoziologie

Wie sind Märkte möglich?  
Wettbewerb als weltweite soziologische Norm  
Absorption von Unsicherheit über die globale Wertschöpfungskette

### Die moralische Ökonomie der Migration

Die moralische Ökonomie der Migration nach Europa

### Die Zukunft im wirtschaftlichen Handeln

Fiktionale Erwartungen und kapitalistische Dynamik  
Was macht eine Zukunftsvorstellung glaubhaft?  
Die griechische Staatsschuldenkrise  
Zentralbanking jenseits der Inflationsbekämpfung  
Deindustrialisierungspolitik  
Brexit: Ende einer gemeinsamen Zukunft  
Zukunftsvorstellungen im Zeichen der Krise

## VERMÖGEN UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

Die Politische Ökonomie des Asset-Manager-Kapitalismus  
Das obere 1 Prozent  
Schul- und Hochschulwahl in wohlhabenden Familien  
Plurale Bedeutungen von Eigentum in vermögenden Familien  
Reichtum in Deutschland  
Kapitalistische Klassen im 21. Jahrhundert

## UNTERNEHMEN, EIGENTUM UND FAMILIENVERMÖGEN

Entrepreneurial Group Dynamics  
Exit im deutschen Mittelstand  
Die soziale Ordnung vermögender Familien

## POLITISCHE ÖKONOMIE

### Operationalisierung von Wachstumsmodellen

Operationalisierung von Wachstumsmodellen

### Politik der Wachstumsmodelle

Präferenzen für Wachstumsmodelle  
Politische Ökonomie exportorientierten Wachstums  
Italienische Eliten  
Politische Aspekte von Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik  
Operationalisierung von Hegemonie  
Parteipolitischer Gestaltungsspielraum von Wachstumsmodellen  
Wachstumsmodelle und politische Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker Parteien  
Unternehmensbesteuerung und Wachstumsmodelle  
Politische Aspekte von Vermögensbesitz und die Macht des Finanzsektors

### Internationale Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen

Spielarten säkularer Stagnation  
Wachstumsmodelle und das globale Finanzwesen

### Politische Ökonomie des Euro

Euro-Reformpolitik im postpandemischen Europa

## POLITISCHE ÖKONOMIE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Die Dynamiken der „Integration durch Recht“  
Die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration  
Politische Ökonomie der Lohnbildung  
Europäische Sozialpolitik: Eine nordische Perspektive  
Verhandlung steuerlichen Spielraums

## SOZIOLOGIE ÖFFENTLICHER FINANZEN UND SCHULDEN

Die Herausforderung ökologischer Fiskalreformen  
Investitionen in städtische grüne Infrastrukturen  
Klimapolitik als Verteilungspolitik  
Mehrebenenpolitik, öffentliche Finanzen und Verteilungskonflikte  
Die Grenzen europäischer Staatsschulden  
Die Verwissenschaftlichung von Zentralbanken  
Staatsschulden und Neoliberalismus in Brasilien

## DOKTORANDENPROGRAMM IMPRS-SPCE

In Arbeit bleiben: Beschäftigungsverhältnisse von Geflüchteten  
Die Politische Ökonomie der Geldpolitik  
Der Einfluss chinesischer Investitionen auf die Entwicklung Kolumbiens  
Subunternehmerschaft auf dem Betriebsgelände  
Transnationaler Umweltaktivismus in schwierigen Kontexten  
Institutionelles Landeigentum und seine Grenzen  
Ursprünge und Hegemonie neoliberaler Wirtschaftsimaginierung in Peru  
Interessengruppen und Klimapolitik  
Antworten entwickelter Ökonomien auf chinesische Investitionen  
Die politische Macht der Unternehmen im digitalen Kapitalismus  
Horten von Arbeitskräften in Deutschland  
Die unsichtbare Hand des Staates  
„Populistische Ansteckungseffekte“ im Unterhaus  
Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und seine ungleichen Auswirkungen  
Umordnung in der Unordnung  
Vorstellungen von Freiheit in Südafrika  
Politik des deutschen Wachstumsregimes  
Soziale Integration ethnischer Minderheiten in der Schule  
Einkommensungleichheit als Determinante der Arbeitszeit

## PROJEKTE DER EMERITI

Veränderungen in der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie  
Die Krise des Kapitalismus der Gegenwart

## WEITERE PROJEKTE

Migrationskrise durch den Krieg in der Ukraine





## Wirtschaftssoziologie

### Einführung

*Jens Beckert*

Im Projektbereich Wirtschaftssoziologie geht es um die Untersuchung wirtschaftlicher Phänomene aus soziologischer Perspektive. Der Bereich hat drei Schwerpunkte.

Im Schwerpunkt „Soziologie der Märkte“ geht es um Märkte als zentrale Institution kapitalistischer Ökonomien. Das übergeordnete Ziel ist, mithilfe des theoretischen und methodischen Instrumentariums der Soziologie ein Verständnis der Funktionsweise von Märkten zu entwickeln. Märkte werden angelehnt an Max Weber als „Arenen sozialen Handelns“ betrachtet, in denen sich Akteure unter Wettbewerbsbedingungen gegenüber treten. Welche sozialen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen müssen für die Entwicklung der sozialen Ordnung von Märkten bestehen? Ein projektübergreifender Aspekt ist die Ungewissheit, mit der Marktakteure bei ihren Entscheidungen konfrontiert sind. Die Probleme der Koordination, die sich für die Marktteilnehmer daraus ergeben, können als Werte-, Wettbewerbs- oder Kooperationsprobleme identifiziert werden. Der Faktor der Unsicherheit eröffnet weitergehende theoretische Möglichkeiten, die Einbettung wirtschaftlicher Handlungen zu erklären.

In einem zweiten Schwerpunkt geht es um die Erforschung der Rolle von Zukunftserwartungen für das Entscheidungshandeln in der Wirtschaft und die Erklärung wirtschaftlicher Prozesse. Auch hier bildet die Problematik von Ungewissheit den theoretischen Ausgangspunkt. Wie lassen sich Erwartungen unter Bedingungen von Unsicherheit verstehen? Wie bilden Wirtschaftsakteure Erwartungen, wenn zukünftige Entwicklungen nicht vorhergesagt werden können? Empirische Projekte beschäftigen sich etwa mit den an Deindustrialisierungsprozessen gerichteten Erwartungen, sich verändernden Zeithorizonten in Finanzmärkten, der Brexit-Entscheidung sowie der griechischen Staatsschuldenkrise.

Im dritten Schwerpunkt stehen große private Vermögen und vermögende Familien im Vordergrund. Erforscht werden die institutionellen, familialen und kulturellen Voraussetzungen langfristigen Vermögenserhalts. Im Mittelpunkt steht dabei die Rolle der Familie als Trägerin von Eigentumsrechten auch über die Generationen hinweg. Entgegen dem weit verbreiteten Verständnis zunehmender Bedeutungslosigkeit von Familienstrukturen im modernen Wirtschaftsprozess wird die Wichtigkeit der Familie für die politische Ökonomie und für langfristige soziale Ungleichheit untersucht.

## Marktsoziologie

### Wie sind Märkte möglich?

*Jens Beckett*

Die in diesem Projekt entstehenden Aufsätze entwickeln konzeptionelle Grundlagen einer Soziologie der Märkte. Ausgehend vom Problem des Markthandelns unter Bedingungen von Ungewissheit werden zentrale Koordinationsprobleme auf Märkten systematisch analysiert. Im Vordergrund steht hierbei die Untersuchung der Entstehung von ökonomischem Wert, der Strukturierung von Wettbewerb und der Lösung von Kooperationsproblemen im Markttausch. Diese Problematiken werden aus einer handlungstheoretischen Perspektive systematisch entwickelt und in Bezug zu bestehender ökonomischer und wirtschaftssoziologischer Literatur analysiert.

### Wettbewerb als weltweite soziolegale Norm

*Melike Arslan*

Wettbewerb ist keine ontologische Realität mit einer festgelegten Bedeutung und objektiv beobachtbaren Komponenten. Tatsächlich ist es eine „Norm“, ähnlich anderen Normen, wie zum Beispiel „Demokratie“ oder „Menschenrechte“, und als solche fortlaufend Prüfungen und Neudefinitionen unterworfen. Das Projekt analysiert diese Norm anhand der politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen gegen Wettbewerbsbeschränkung und untersucht ihre Weiterentwicklung auf internationaler, nationaler und subnationaler Ebene. Auf internationaler Ebene wird evaluiert, wie verbindliche Definitionen von Wettbewerb von internationalen Organisationen geschaffen werden, die darauf abzielen, die jeweilige nationale Kartellpolitik zu harmonisieren. Auf nationaler Ebene wird gefragt, wie Rechtsdurchsetzung und Lobbyarbeit in nationalen Kartellbehörden die nationalen Normen des Wettbewerbs prägen. Auf subnationaler Ebene wird schließlich untersucht, wie die abstrakten gesetzlichen Regelungen von Rechtsfachleuten mittels Consulting- und Compliance-Maßnahmen in der alltäglichen Unternehmenspraxis umgesetzt werden. Insgesamt schaffen die verschiedenen Untersuchungsebenen einen historischen und länderübergreifenden Überblick, wie Wettbewerbsnormen entstanden und verbreitet worden sind, sich in verschiedene Richtungen entwickelt und die liberale Marktwirtschaften in den letzten vierzig Jahren geprägt haben. Das Projekt will zu den Theorien der Marktsoziologie, Rechtssoziologie, Berufs- und Organisationssoziologie beitragen.

### Absorption von Unsicherheit über die globale Wertschöpfungskette

*Alexander D. Hoppe*

Die Kulturwirtschaft ist sowohl von kreativen als auch organisatorischen Weiterentwicklungen abhängig. Beim Konsum von Kultur spielt Sinnhaftigkeit eine wichtige Rolle, weswegen Inspiration für das Produktdesign von zentraler Bedeutung ist. Ebenso können die Beschäftigten in Produktmanagement und Wirtschaftsingenieurwesen einen großen Einfluss auf die Gestaltung des finalen Produkts haben. Aber woher kommt die Inspiration und wie transformieren sich Ideen über komplexe Arbeitsabläufe zu Objekten? Das Projekt nutzt Datenmaterial aus einer vorhergehenden elfmonatigen ethnografischen Studie in exportorientierten indischen Textilfabriken, finanziert durch ein Fulbright-Nehru-Stipendium. Vor dem Hintergrund von Wertschöpfungsketten, Organisationstheorie und Sozialpsychologie werden die Anforderungen des Managements und die tatsächlichen Arbeitsabläufe des Personals in Zusammenhang gebracht. Das Kernstück der Analyse ist die progressive Absorption von Unsicherheit. Zeit und Aufmerksamkeit werden als abnehmende Faktoren erkennbar, sobald der Produktionsprozess von Produktdesign und -management zum technischen Teil der Produktion an der Fertigungsstraße übergeht. All diese Prozesse sind transnational, einschließlich des unvorhergesehenen Outsourcings von Dienstleistungen, wie Modedesign. Eine Buchveröffentlichung ist geplant.

## Die moralische Ökonomie der Migration

### Doing the Game: Die moralische Ökonomie der Migration nach Europa

*Hannah Pool*

Seit mehr als vierzig Jahren zwingen Krieg und Unsicherheit Menschen in Afghanistan, innerhalb ihres Landes oder in die Nachbarstaaten Iran und Pakistan zu fliehen. Seit 2014 jedoch ist ein deutlicher Anstieg des Anteils afghanischer Flüchtlinge zu verzeichnen, die auf Migrationsrouten nach Europa gelangen und dort Asyl suchen. Dieses gefährliche und kostspielige Unterfangen wird als „Doing the Game“ bezeichnet. Wie wird undokumentierte Migration über internationale Grenzen hinweg ermöglicht, verhindert und durchgeführt? Das Projekt basiert auf den Ergebnissen einer ethnografischen Analyse sozialer Beziehungen und wirtschaftlicher Transaktionen in undokumentierter Migration und wie diese einander ermöglichen, formen und verstärken. Die Studie, die 2021 als Dissertation angefertigt wurde, zeichnet die Trajektorien afghanischer Migrierender durch Iran, die Türkei, Griechenland und entlang der sogenannten Balkanroute bis zu ihrer Ankunft in Deutschland nach und entwickelt eine dynamische und emische Erklärung dafür, wie soziale Beziehungen die für grenzüberschreitende Mobilität notwendigen wirtschaftlichen Interaktionen ermöglichen. Auf der Grundlage des dabei entwickelten erweiterten Konzepts der Moralökonomie der Zuwanderung nach Europa wird aufgezeigt, wie Mobilität entsteht und auch in Perioden von außen aufkotroyierter Immobilität aufrechterhalten wird. Dabei wird grenzüberschreitende Mobilität durch informelle Darlehen von Familienangehörigen, gegenseitige finanzielle Unterstützung der Migrierenden untereinander und durch die Aktivitäten von Schleusern beschrieben. Die Ergebnisse der Doktorarbeit werden gegenwärtig zu einer Buchpublikation verarbeitet.

## Die Zukunft im wirtschaftlichen Handeln

### Fiktionale Erwartungen und kapitalistische Dynamik

*Jens Beckert*

Entscheidungen intentional rationaler Akteure sind, so die Ausgangsthese dieses Projekts, unter Bedingungen von Ungewissheit in „Fiktionen“ verankert. Fiktionen sind Vorstellungen des zukünftigen Zustands der Welt und der kausalen Mechanismen, die zu diesem Zustand führen. Akteure werden durch diese Imaginationen der Zukunft motiviert und organisieren ihre gegenwärtigen Handlungen auf ihrer Grundlage. Da die Vorstellungen nicht an die empirische Realität gebunden sind, ist Fiktionalität auch eine Quelle der Kreativität. Fiktionalität eröffnet so einen Weg zum Verständnis der Mikrofundierung wirtschaftlicher Dynamik. In dem seit 2012 laufenden Projekt wurden bislang verschiedene Forschungsarbeiten veröffentlicht. Weiterhin sind Publikationen geplant, in denen einzelne Facetten des Themas konzeptionell und theoretisch ausgeleuchtet werden. Beispiele sind die historische Entwicklung von fiktionalen Erwartungen, ihre Genese und soziale Verankerung sowie die Frage, unter welchen Bedingungen einzelne Fiktionen Glaubwürdigkeit gewinnen können.

### Was macht eine Zukunftsvorstellung glaubhaft?

*Jens Beckert*

In kapitalistischen Ökonomien beruhen Entscheidungen auf Zukunftsvorstellungen. Entscheidungen sind in Projektionen verankert, die Begründungen für Entscheidungen in der Gegenwart schaffen. Gleichzeitig verhindert fundamentale Ungewissheit, hervorgerufen durch Innovationen und die Komplexität der Situation, die Erwartungen von Akteuren als probabilistisches Vorherwissen der Zukunft zu verstehen. Die Zukunft ist offen und unsicher und wird teilweise durch die Vorstellungen erschaffen, mithilfe derer die Akteure ihre Entscheidungen treffen. Um Entscheidungen zu motivieren, müssen Zukunftsvorstellungen nicht „wahr“ sein (in dem Sinne, dass sie die

zukünftige Gegenwart abbilden), aber glaubhaft. Akteure müssen überzeugt sein, dass es ausreichend wahrscheinlich ist, dass zukünftige Vorgänge sich so ereignen werden, wie durch das Narrativ erwartet. Das Projekt fragt daher: Woher kommt diese Glaubhaftigkeit?

## **Die griechische Tragödie: Narrative und fiktionale Erwartungen in der griechischen Staatsschuldenkrise**

*Jens Beckert mit H. Lukas R. Arndt*

Finanzkrisen treffen Gesellschaften fundamental und scheinen doch oft unvorhersehbar. Ihre Ursachen und ihren Verlauf zu erklären, ist von großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung. Das Projekt nimmt die griechische Staatsschuldenkrise nach 2009 und die Konvergenzbewegung griechischer Staatsanleihen vor 2001 aus einer innovativen Perspektive in den Blick: Untersucht wird die Rolle der die Finanzmärkte zu unterschiedlichen Zeitpunkten dominierenden Narrative und Zukunftserwartungen und deren Einfluss auf die sich verändernde Risikobewertung griechischer Staatsanleihen.

## **Zentralbanking jenseits der Inflationsbekämpfung**

*Benjamin Braun*

Bis vor Kurzem schien das geldpolitische Paradigma in Stein gemeißelt: Preisstabilität als primäres Ziel, der kurzfristige Zinssatz als Instrument und Zentralbankunabhängigkeit als institutioneller Rahmen der Geldpolitik. Das Projekt beschäftigt sich mit der politischen Ökonomie des Zentralbankwesens jenseits dieses Paradigmas. Welche weiteren Instrumente nutzen die Zentralbanken, und wie rechtfertigen sie deren Einsatz? Verhalten sich Zentralbanken strategisch und legitimitätsorientiert, auch wenn ihre Unabhängigkeit sie vor politischem Druck schützen sollte? (Wie) lässt sich angesichts der Megaherausforderungen des Klimawandels und der Ungleichheit die Macht der Zentralbanken neu denken und einsetzen?

## **Deindustrialisierungspolitik und wirtschaftliche Zukunftserwartungen**

*Timur Ergen*

Alle reichen kapitalistischen Demokratien haben in den letzten vierzig Jahren Deindustrialisierungsprozesse durchlebt. Wie lässt sich wirtschaftlicher Strukturwandel, mit dem die Industrie zunehmend weniger wichtig für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung wird, erklären? Die bisherige Forschung verweist dafür vor allem auf Prozesse, über die Gesellschaften relativ wenig Kontrolle haben, etwa auf sektorale Unterschiede im Produktivitätswachstum, auf veränderte Konsumstrukturen und auf technologischen Wandel. Dass verschiedene Länder und Regionen in vielen Aspekten unterschiedlich mit Deindustrialisierungsprozessen umgegangen sind, können Theorien eines unilinearen Wandels hin zu Dienstleistungsgesellschaften jedoch nicht erklären. Das Projekt systematisiert diese unterschiedlichen regionalen Pfade wirtschaftlichen Strukturwandels und arbeitet ihre Ursachen mithilfe historischer Fallstudien Deutschlands und der USA heraus. Wie sind verschiedene soziale Gruppen mit Deindustrialisierung umgegangen? Wie sind neue Pfade wirtschaftlichen Wachstums, regionaler Spezialisierung und sozialen Ausgleichs im Strukturwandel entstanden? Die Untersuchung eines Prozesses tiefgreifenden sozialen Wandels soll erhellen, wie Akteure Zukunftserwartungen bilden und durchsetzen, wie Vorstellungen von gesellschaftlicher Modernisierung entstehen und wie gesellschaftliche Konflikte wirtschaftliche Wandlungsprozesse überformen. Systematisch trägt das Projekt damit zur Erforschung der Entstehung von Zukunftserwartungen in der Wirtschaft bei.

## **Ende einer gemeinsamen Zukunft: Der Brexit, die Krise des europäischen Projekts und die Macht enttäuschter Versprechen**

*Lisa Suckert*

Der Brexit steht exemplarisch für eine wachsende, von breiten Bevölkerungsschichten getragene Ablehnung des „europäischen Projekts“. Während diese Entwicklung häufig mit der mangelnden Input- und Output-Legitimität der EU erklärt wird, geht diese Studie davon aus, dass sich die nachlassende Anziehungskraft der EU vornehmlich aus enttäuschten Versprechen über eine bessere Zukunft speist. Am Beispiel des Brexits wird eine Perspektive aufgegriffen, die auf die Zukunftsvorstellungen von Akteuren zielt. Es wird untersucht, wie sich mit der EU assoziierte Versprechen und Erwartungen seit 1975 verändert haben und welchen Mustern dieser Wandel folgt. Bezug nehmend auf Theorien zur Erschöpfung der Moderne werden vier Entwicklungen identifiziert, von denen angenommen wird, dass sie den „promissory appeal“ der europäischen Institutionen unterminieren: die Individualisierung von Zukunftsvorstellungen; die schwindende Überzeugung, Handlungsmacht über die Zukunft zu haben; die Wahrnehmung der Zukunft als eine Rückkehr in die Vergangenheit; und die zunehmende Stratifikation von Zukunftserwartungen. Für Großbritannien werden diese Entwicklungen entlang eines Mixed-Methods-Ansatzes untersucht, der sich auf historisches Kampagnenmaterial und Längsschnitt-Umfragedaten stützt. Eine komparative Untersuchung weiterer EU-Länder zeigt schließlich, inwieweit die gezeigten Entwicklungen einzigartig britisch oder aufschlussreich für die breitere Krise der EU sind.

## **Zukunftsvorstellungen im Zeichen der Krise: Wie die Europäische Union um die Deutung einer unsicheren ökonomische Zukunft ringt**

*Lisa Suckert*

Die Vision einer gemeinsamen und dadurch besseren wirtschaftlichen Zukunft treibt seit jeher den europäischen Integrationsprozess an. Angesichts der gegenwärtigen Krise und ihrer zerstörerischen Folgen wird diese Zukunft zunehmend infrage gestellt. Das Projekt erschließt anhand einer quantitativen Diskursanalyse (Lexikometrie), die nationale Reformprogramme in den Blick nimmt, wie Mitgliedstaaten die Zukunft in ihrer Kommunikation mit der EU thematisieren. Es wird untersucht, inwiefern die Wirtschaftskrise die Art und Weise verändert, in der Europa nach seiner ökonomischen Zukunft Ausschau hält, das heißt, ob Zeithorizont, Zukunftsthemen und Grundstimmung gegenüber der Zukunft substanziell beeinträchtigt wurden. Der Vergleich unterschiedlicher Zeitpunkte und Länder offenbart, ob die Krise in der EU zu mehr Divergenz oder Konvergenz hinsichtlich der Zukunftsvorstellungen geführt hat. Es wird deutlich, ob die Krisensituation neue, alternative Szenarien oder einen hegemonialen Konsens befördert hat. Das Projekt lässt sich an der Schnittstelle zwischen Wirtschaftssoziologie und Politischer Ökonomie verorten. Es trägt dazu bei, den derzeitigen Zustand der EU zu verstehen und das Potenzial für alternative ökonomische Zukunftsentwürfe einzuschätzen. Konzeptuell erlaubt die feldtheoretisch orientierte Analyse Erkenntnisse, wie Zukunftsvorstellungen umkämpft werden und wie sich diskursive Arenen unter dem Eindruck von Krisen verändern. Das Projekt ist in das von der DFG geförderte Netzwerk „Politische Soziologie transnationaler Felder“ eingebunden.



## Forschungsschwerpunkt Vermögen und soziale Ungleichheit

### Einführung

*Jens Beckert*

Der Forschungsschwerpunkt befasst sich in verschiedenen Projekten mit der Entwicklung der Vermögensverteilung, mit dem Einfluss großer Vermögen auf Politik und Gesellschaft, mit der Rolle von Stiftungen, mit Prozessen der Vermögensvererbung, mit den Mechanismen des Vermögenserhalts (und der Vermögenszerstörung) sowie mit den Erwartungen und Einstellungen vermögender Individuen. Eine zentrale Bedeutung spielt dabei die Erforschung der Rolle der Familie sowohl bei der Reproduktion von großen Vermögen als auch für das Verständnis der Entwicklung heutiger kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Die Projekte haben sowohl soziologische als auch politikwissenschaftliche Schwerpunkte und verfolgen insbesondere historische Entwicklungslinien; sie weisen quantitative oder qualitative Forschungsdesigns auf und beinhalten zum Teil auch Ländervergleiche.

### Die Politische Ökonomie des Asset-Manager-Kapitalismus

*Benjamin Braun*

Wir sind es gewohnt, den Kapitalismus als Wirtschaftssystem zu denken, in dem Finanzkapital ein knappes Gut darstellt. Doch statt Kapitalknappheit herrscht heute Kapitalüberfluss. Gemäß der Logik von Angebot und Nachfrage müsste in einer Welt des Kapitalüberflusses die Macht von Vermögenseigentümern abnehmen. Ihr Barometer – die Differenz zwischen der Kapitalrendite ( $r$ ) und der Wirtschaftswachstumsrate ( $g$ ) – zeigt seit den 1980er-Jahren aber keine Anzeichen eines Machtverlusts. Die forschungsleitende Hypothese dieses Projekts lautet, dass der gesellschaftlichen Organisation der Vermögensverwaltung hier eine entscheidende Rolle zukommt. Vor diesem Hintergrund untersucht das Projekt die Geschichte und Entwicklung des Asset-Management-Sektors sowie den Einfluss verschiedener Arten von Vermögensverwaltungsgesellschaften auf die wirtschaftlichen und politischen Determinanten der Kapitalrendite.

### Das obere 1 Prozent? Eine Kulturgeschichte von Reichtum und „Reichen“ im langen 20. Jahrhundert in Deutschland

*Eva Maria Gajek*

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer erheblichen Zunahme und zu strukturellen Veränderungen von Vermögensbesitz. In dieser Transformationsphase begann die Gesellschaft gleichzeitig, sich intensiv mit der Gruppe der Besitzenden auseinanderzusetzen. In wissenschaftlichen Studien, Statistiken, Auflistungen, journalistischen Texten, Fotografien oder politischen Reden verständigten sich verschiedene Akteure über die soziale Ordnung und versuchten zunehmend, die Frage

zu beantworten, wer „die Reichen“ seien. Diese Versuche nimmt das Projekt zum Ausgangspunkt, um dem Wandel der Antworten und Techniken der Zeitgenossen im langen 20. Jahrhundert in Deutschland nachzuspüren. Es fragt an exemplarischen Fallbeispielen, welche Grenzen und Definitionen für Reichtum ausgemacht und an welchen Kategorien die soziale Gruppe der „Reichen“ schließlich hergestellt, vermes- sen und legitimiert wurde. Das Ziel ist, eine Geschichte von Reichtum und „Reichen“ als Kulturgeschichte zu erzählen, um für die historische Vielseitigkeit des Gegen- standes zu sensibilisieren und den Blick darauf zu lenken, dass erhobene Zahlen über Reichtum und „Reiche“ in einem intensiven Wechselverhältnis mit gesellschaftlichen Vorstellungswelten standen.

## **Schul- und Hochschulwahl wohlhabender Familien in Deutschland**

*Karen Lillie*

Welche Schulen und Hochschulen wählen wohlhabende Familien, und welche Bedeu- tung haben diese Entscheidungen für die Aufrechterhaltung des sozialen Status? In den USA und dem Vereinigten Königreich ist Bildung anerkanntermaßen von Bedeu- tung für die (Re-)Produktion von Status. Welche Rolle Bildung im deutschen Kontext spielt, ist jedoch weitgehend ungeklärt. Deutschland zeichnet sich prinzipiell durch ein egalitäres Schulsystem aus, andererseits aber auch durch wenig soziale Mobilität und ein hohes Maß an Ungleichheit. Ziel des Forschungsprojekts ist daher, heraus- zufinden, welche Wechselwirkungen zwischen Bildung und sozialer Ungleichheit be- stehen. Die Untersuchung soll Aufschluss über die Prozesse der Aufrechterhaltung des sozialen Status in Deutschland geben, insbesondere im Vergleich mit den USA und dem Vereinigten Königreich, und damit einen Beitrag zu Elitenforschung und Bildungssoziologie leisten. Die Datenerhebung erfolgt mithilfe von Interviews mit Fa- milien und ethnografischer Feldarbeit in Schulen.

## **Plurale Bedeutungen von Eigentum in vermögenden Familien**

*Isabell Stamm*

Am oberen Ende der Vermögensverteilung in Deutschland konzentrieren sich sehr große Vermögen in den Händen von wenigen Individuen und Familien. Diese Ver- mögen sind historisch gewachsen und stellen individuelle und dynamische Eigentums- konfigurationen dar, in denen Firmeneigentum meist eine herausragende Rolle spielt. Wie aber stehen sehr vermögende Familien zu ihrem Eigentum und insbesondere zu Firmeneigentum? Die Forschung zu Familienkapitalismus unterstellt ein langfristiges Interesse am Unternehmen, das über Generationen weitergegeben und meist direkt kontrolliert wird. Parallel dazu beschreibt die Forschung zu Finanzmarktkapitalismus eine zunehmende Investment- und Exit-Orientierung, die auf kurzfristige Rendite und diversifizierte Portfolios setzen. In sehr vermögenden Eigentümerfamilien treffen diese unterschiedlichen Orientierungen der Familienunternehmerinnen und -unternehmer, der Rentiers oder der Serial Entrepreneurs aufeinander und fordern die Familien her- aus, die Bedeutung von Firmeneigentum für sich auszutarieren. Anschließend an eine Soziologie des Eigentums und auf Basis von narrativen Interviews mit Familienmit- gliedern zeichnet das Forschungsprojekt die Eigentumsgeschichten von Familien am oberen Ende der Vermögensverteilung nach. Ziel ist es, auf dieser Basis die pluralen Bedeutungen von Eigentum innerhalb dieser Familien mit Blick auf die zugeschrie- benen Fristigkeiten, Anspruchsgruppen und Einflussmöglichkeiten herauszuarbeiten.

## **Reichtum in Deutschland: Strukturen, Kontinuitäten und Brüche**

*Daria Tisch*

Am oberen Rand der Vermögensverteilung in Deutschland findet sich eine klei- ne Gruppe von Familien oder Einzelpersonen, die über Vermögen von mindestens mehreren Hundert Millionen Euro verfügen. Über diese kleine Gruppe der soge- nannten Superreichen ist sehr wenig bekannt. Das Projekt analysiert verschiedene Charakteristika der superreichen Individuen und Familien in Deutschland sowie der

Unternehmen, die mit diesen Familien assoziiert sind. Dafür wird die 2019 vom *Manager Magazin* veröffentlichte Liste der „1001 reichsten Deutschen“ mit Informationen angereichert, die Enzyklopädien und anderen öffentlich zugänglichen Quellen entstammen. Um anhand der Ursprünge der Vermögen die langfristige Kontinuität von Vermögen zu untersuchen, wird die heutige Reichenliste mit Reichenlisten aus dem späten Kaiserreich verknüpft. Damit können Familien identifiziert werden, denen es gelang, große Vermögen über zwei Weltkriege hinweg zu erhalten. Insgesamt wird dieses Projekt umfangreiche quantitative Einblicke in die kleine Gruppe der Superreichen geben.

## **Die Verbindung von Kapital und Macht: Die Rolle der Superreichen in einer transnationalen kapitalistischen Klasse und ihre Lobby**

*H. Lukas R. Arndt (Dissertation)*

Vermögensungleichheit und die Einkommens- und Vermögensanteile der obersten Perzentile sind in den letzten Jahrzehnten global beachtlich angestiegen. Viel beachtete Prognosen sagen ein Anhalten dieser Entwicklung voraus. In der normativen Diskussion wird oft behauptet, dass diese Entwicklung die Fundamente der Demokratie angreift. Befürchtet wird die Konzentration struktureller sowie instrumenteller Formen von Macht, die mit Kapitalbesitz und -kontrolle einhergehen. Aus einer klassenanalytischen Perspektive würde dies insbesondere die reichsten Individuen und Familien, kontrollierende Managementpositionen in großen Unternehmen sowie Finanzinstitutionen in den Fokus rücken. Dies hängt eng mit einer klassischen Frage der Soziologie zusammen: In welchem Ausmaß können „die Reichen“ als Teil einer kapitalistischen Klasse *an sich* und *für sich* verstanden werden? Ziel des Projekts ist, ein Modell zur Analyse kapitalistischer Klassen im 21. Jahrhundert vorzuschlagen. Durch die Kombination von Daten der weltweit größten Firmen mit solchen zu superreichen Familien und Individuen werden strukturelle Klassenpositionen von globalen Superreichen in Unternehmensnetzwerken kartiert und der Einfluss von Kontrolle über Kapital und Klassenformation reicher Unternehmerfamilien auf Lobbying ihrer Firmen untersucht. Dabei stehen folgende Forschungsfragen im Fokus: Sollten die Superreichen als Elitengemeinschaft, oder gar als herrschende Eliten, gesehen werden oder hat ihre Beschreibung als Klasse mehr Erklärungskraft? Hängen ihre individuellen Positionen mit politischem (Klassen-)Handeln ihrer Firmen zusammen?



## Forschungsgruppe Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen

### Einführung

*Isabell Stamm*

Aktuelle Forschung zu Reichtum in Deutschland macht deutlich, dass sich Vermögen in den Händen weniger Familien konzentriert. Diese Vermögen beruhen häufig auf dem Erfolg eines oder mehrerer Unternehmen im Eigentum und unter der Kontrolle dieser Familien. Diese vermögenden Unternehmerfamilien sind Produkt und Treiber der spezifischen Ausgestaltung eines familiengeprägten Kapitalismus in Deutschland, der allgemein aber mit einer etwas romantisieren Vorstellung von mittelständischen Familienunternehmen verbunden ist, die langfristig wirtschaften und regional verwurzelt seien. Die Forschungsgruppe „Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen“ untersucht die sich wandelnde Verfasstheit eines familiengeprägten Kapitalismus in Deutschland mit einem dezidierten Fokus auf soziale Ungleichheit. Es wird davon ausgegangen, dass privates Eigentum ein konstitutives Merkmal von Kapitalismus per se darstellt und sich eine familiäre Prägung der Wirtschaftsordnung erst durch einen dominierenden Einfluss von Familien auf die kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise auszeichnet. Ein solcher Familienkapitalismus stellt historisch wie global die Norm dar, jedoch lassen sich unterschiedliche Ausgestaltungen eines familiengeprägten Kapitalismus im Sinne der strukturellen Verteilung und Konzentration von Eigentum an Unternehmen wie auch der kulturellen Zuschreibung der Bedeutung und Legitimation dieses Eigentums erkennen. Mit Blick auf Deutschland lauten zentrale Fragen: Warum sind Eigentümerfamilien noch heute dominant innerhalb der Unternehmenspopulation, und wie gelingt es einigen von ihnen, die Kontrolle über ihre Unternehmen über Generationen zu reproduzieren? Wie verändert sich die Bedeutung des Eigentums für die Familie und die gesellschaftlichen Erwartungen an Eigentümerfamilien? In welchem Verhältnis stehen Eigentümerfamilien zu staatlichen, institutionellen oder partizipativen Eigentümern? Die Projekte der Forschungsgruppe adressieren diese Fragen und tragen damit zu einem tiefergehenden Verständnis des Zusammenhangs von Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung bei.

### Entrepreneurial Group Dynamics

*Isabell Stamm*

Dieses soziologische Forschungsprojekt versteht Unternehmertum als kollektive Handlung und hebt die Bedeutung von unternehmerischen Gruppen als zentrale kollektive Akteure hervor. Diese Gruppen konstituieren sich aus einer kleinen Anzahl an Familienmitgliedern, Freunden und ehemaligen Kollegen, die sich gemeinsam einem unternehmerischen Projekt verschrieben haben, und teilen eine gemeinsame Geschichte, eine Idio-Kultur und eine Vorstellung von der Zukunft. Das Projekt untersucht die Dynamiken in unternehmerischen Gruppen mit Blick auf ihre

Verlaufsbahnen und Übergänge ebenso wie ihre Fähigkeit, Zukunft zu verhandeln. Die Studie wird durch ein Freigeist-Fellowship der VolkswagenStiftung finanziert und war von 2017 bis 2021 an der Technischen Universität Berlin angesiedelt. Weitere Informationen finden sich unter [www.entrepreneurialgroups.org](http://www.entrepreneurialgroups.org).

## **Exit im deutschen Mittelstand**

*Isabell Stamm*

In den letzten zwei Jahrzehnten lässt sich im deutschen Mittelstand eine allmähliche Verschiebung der Übertragung von Firmeneigentum von einer starken Präferenz für die familieninterne Nachfolge hin zum Verkauf des Unternehmens an Externe beobachten. Aus der Perspektive der Eigentumssoziologie geht diese Verschiebung mit starken Veränderungen dahingehend einher, wer als legitimer Transferpartner anerkannt wird, welche Regeln und Praktiken des Transfers gelten und wie das Unternehmen als Transferobjekt zu bewerten ist. Das Unternehmen wird von einer Gabe zu einer Ware. Anhand einer Fallstudie werden die sozialen, institutionellen und kulturellen Bedingungen identifiziert, die diesen Wandel begünstigen. Die Studie basiert auf der Analyse von qualitativen Interviews mit Intermediären im Bereich der Unternehmensnachfolge (Banker, Steuerberater, M&A-Berater, Plattformbetreiber, Wissenschaftler, Journalisten, Verbände) sowie einer großen Anzahl von Dokumenten (zum Beispiel Gesetze und Parlamentsdebatten, Zeitungsartikel, Unterlagen der Handelskammern, Veröffentlichungen von Intermediären, Plattformen). Mithilfe eines Grounded-Theory-Ansatzes werden relevante Mechanismen untersucht, die eine Legitimation von Unternehmensverkäufen und die Entstehung eines Marktes für mittelständische Unternehmen erklären können.

## **Ist Vermögen dicker als Blut? Die soziale Ordnung vermögender Familien**

*Franziska Wiest (Dissertation)*

Die transgenerationale Weitergabe von Vermögen in Familien ist ein wesentlicher Treiber zunehmender Vermögenskonzentration. Die Institution der Familie als Trägerin von Eigentumsrechten sichert in besonderer Weise die langfristige Kontinuität von Vermögen. Dafür müssen Mitglieder vermögender Familien diverse soziale, ökonomische und familiäre Anforderungen erfüllen, denn die Eigentumsordnung dieser Familien wirkt in die intimsten Beziehungen des alltäglichen Lebens hinein. Darüber hinaus nehmen diese Familien als Triebkräfte kapitalistischer Entwicklung wiederum maßgeblichen Einfluss auf soziale Ordnung. Das Dissertationsprojekt untersucht die Mechanismen langfristigen Vermögenserhalts in Familien. Es beschäftigt sich mit der sozialen Ordnung vermögender Familien, um zu verstehen, wie sie sozialen Wandel gestalten, sich ihm anpassen oder ihn negieren. Interviews mit Mitgliedern aus vermögenden Familien im deutschsprachigen Raum sowie rechtliche, historische und mediale Quellen bilden die Datengrundlage für die Untersuchung. Von besonderem Interesse ist, wie es Familien ge- oder misslungen ist, eine Kontinuität von Familie und Vermögen herzustellen. Neue Einsichten in die Lebenswelten vermögender Familien ermöglichen wichtige Erkenntnisse im Bereich der sozialen Ungleichheits-, und Familiensoziologie, um die Dynamiken der Vermögensreproduktion im Gegenwartskapitalismus besser zu verstehen.



## Politische Ökonomie

### Einführung

*Lucio Baccaro*

Die Politische Ökonomie bildet den Schwerpunkt dieses Forschungsbereichs und versteht sich im weitesten Sinne als Untersuchung wirtschaftlicher Phänomene aus interdisziplinärer Perspektive. Forschende in diesem Cluster haben unterschiedliche fachliche Hintergründe – Politikwissenschaft und Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, aber auch Geschichte oder Geografie. Sie nutzen sozialwissenschaftliche Ansätze und Methoden, um auf der Basis dieser theoretischen und methodischen Vielfalt ökonomische Phänomene unter sozialen und politischen Gesichtspunkten zu analysieren. Ihre Forschungsinteressen umfassen sowohl die Vergleichende Politische Ökonomie als auch die Internationale Politische Ökonomie.

Mit einer breiten Auslegung der Politischen Ökonomie soll die Aufspaltung dieser beiden Bereiche in verschiedene Teildisziplinen überwunden werden, die sich paradoxerweise gerade zu dem Zeitpunkt entwickelte, als die Globalisierung an Fahrt aufnahm und die Voraussetzungen für einen „eingebetteten Liberalismus“ ins Wanken gerieten. Die Forschung in diesem Cluster bedient sich einer breiten Palette von Methoden, darunter, in Abhängigkeit von der Art der Forschungsfrage, quantitative, qualitative oder Mixed-Methods-Ansätze.

Die Forschung in diesem Bereich soll zu einer erweiterten Perspektive auf Wachstumsmodelle und damit zur Erklärung von Gemeinsamkeiten wie auch Unterschieden im gegenwärtigen Kapitalismus beitragen. Dabei ist die Aufmerksamkeit weniger auf das Institutionengefüge gerichtet, das die verschiedenen Produktionsregime unterstützt („Spielarten des Kapitalismus“), als vielmehr auf die Nachfragetreiber des Wachstums und die dazugehörigen Schlüsselsektoren oder -unternehmen.

Aktuelle Forschungsprojekte bilden sowohl die Politische Ökonomie als auch die Politik von Wachstumsmodellen ab. Sie beschäftigen sich mit Anwendung und Ausweitung des Wachstumsmodellansatzes auf bestimmte Länder; der Analyse gesellschaftlicher Koalitionen, die sowohl anhaltendem Wachstum als auch Stagnation zugrunde liegen; der Untersuchung individueller Präferenzen für unterschiedliche makroökonomische Regimes; dem Verständnis von Wirkungen hegemonialer ökonomischer Diskurse auf politische Ergebnisse; der Erforschung der Auswirkungen von Wachstumsmodellen auf individuelle Präferenzen und Parteiprogramme; sowie der empirischen Bestimmung von Wachstumsmodellen.

Weitere Projekte widmen sich der Bedeutung der Internationalen Politischen Ökonomie für Wachstumsmodelle. Sie untersuchen beispielsweise die Rolle internationaler Finanzströme und von Macht, die von verschiedenen Währungen ausgeht, und unterschiedliche Formen säkularer Stagnation in verschiedenen nationalen Kapitalismen.

Ein weiterer Teilbereich behandelt die Auswirkungen des Euro auf europäische Wachstumsmodelle und die Möglichkeit von Reformen der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Eurozone. Forschende in diesem Bereich eint ein politökonomischer Forschungsansatz; sie leisten einen Beitrag zur gemeinsamen Agenda der Gruppe, verfolgen aber auch ihre eigenen Forschungsansätze, wie die thematische Vielfalt der Forschungsprojekte in diesem Cluster deutlich macht.

## Operationalisierung von Wachstumsmodellen

### Operationalisierung von Wachstumsmodellen

*Lucio Baccaro und Sinisa Hadziabdic*

Der Wachstumsmodellansatz erfordert neue methodische Verfahren, um Wachstumsmodelle, ihre wesentlichen Nachfragetreiber und Schlüsselsektoren sowie ihr Verhältnis zu strukturellen Wachstumsdeterminanten näher zu bestimmen. Ziel des Projekts ist eine grundlegende Operationalisierung des Konzepts bedeutsamer Wachstumstreiber. Es analysiert die importbereinigten Endnachfragekomponenten (Konsum, Staatsausgaben, Investitionen, Exporte) in den OECD-Staaten auf der Grundlage von Fachliteratur zur internationalen Ökonomie. Dabei wird der Ansatz der Importbereinigung für die Bestimmung der wichtigsten sektorspezifischen Wachstumsfaktoren angewandt (verarbeitendes Gewerbe, Low-End-Services, High-End-Services, öffentliche Hand, Baugewerbe, andere Sektoren). Mithilfe dieses Ansatzes kann Land für Land und für unterschiedliche Zeiträume ermittelt werden, welche Nachfragekomponenten und welche Sektoren sich besonders auf das Wachstum auswirken und in welchem Ausmaß dies der Fall ist. Es folgt eine Analyse der Zusammenhänge von strukturellen Faktoren und den bedeutsamsten Nachfragetreibern: konsum- und exportorientiertes Wachstum.

## Politik der Wachstumsmodelle

### Präferenzen für Wachstumsmodelle: Befunde aus einer aktuellen Umfrage

*Lucio Baccaro, Björn Bremer und Erik Neimanns*

Dieses Projekt erforscht individuelle Präferenzen für Wachstumsmodelle und stützt sich dabei auf eine aktuelle Meinungsumfrage in Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien. Den Befragten werden stilisierte Beschreibungen verschiedener Wachstumsmodelle (lohn-, gewinn-, export-, schuldenorientiert) vorgelegt. Dann werden sie nach ihren Präferenzen für diese Modelle wie auch für verschiedene Dimensionen der makroökonomischen Politik (Lohn-, Geld-, Fiskal-, Wechselkurspolitik) befragt. Ziel ist es, das Ausmaß gesellschaftlicher Unterstützung und Opposition für Wachstumsmodelle pro Land, Sektor und Gesellschaftsschicht zu ermitteln und gesellschaftliche Koalitionen auf der Basis kompatibler Präferenzen zu identifizieren.

### Die Politische Ökonomie des exportorientierten Wachstums

*Lucio Baccaro und Martin Höpner*

Entwickelte Länder sehen sich Tendenzen zur Stagnation gegenüber, die durch einen Überschuss an Ersparnissen beziehungsweise einen Mangel an Investitionen verursacht werden. Ein exportorientiertes Wachstumsmodell löst das Problem einer mangelnden effektiven Nachfrage, indem es sich überwiegend auf Auslandsnachfrage stützt und gleichzeitig die Inlandsnachfrage dämpft. Dieses Projekt untersucht am Beispiel von Deutschland die Pfeiler eines exportorientierten Wachstums: ein Set von Institutionen und politischen Maßnahmen, das die Inflationsrate niedriger hält als die der Handelspartner, sowie ein festes Wechselkurssystem (den Euro), das Wechselkursanpassungen ausschließt und dadurch eine Unterbewertung des realen Wechselkurses sicherstellt. Darüber hinaus diskutiert das Projekt die Anfälligkeit eines solchen Modells gegenüber äußeren Einflüssen sowie seine inhärente Instabilität.

### Zurück zum Wachstum? Die Sichtweisen der italienischen Eliten

*Lucio Baccaro, Arianna Tassinari (Universität Bologna) und Cassandra Fuchs*

In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren verzeichnete Italien das schwächste Wachstumsergebnis aller OECD-Staaten. Dies ist nicht nur ein innerstaatliches Problem, sondern hat auch eine Schwächung der Eurozone zur Folge. Was ist der Ausweg aus

dieser Sackgasse? Dieses Forschungsprojekt befasst sich mit den Ursachen für Italiens lang anhaltende Stagnation und mit den Wachstumsaussichten in Italien aus Sicht der politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes. Auf der Grundlage umfangreicher Untersuchungen von Wachstumsmodellen, die deutlich gemacht haben, dass sich solide Wachstumsmodelle auf einen Hintergrundkonsens zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten stützen, konzentriert sich diese Studie auf die Standpunkte der italienischen Eliten zur italienischen Wirtschaft, zu ihren Problemen und zu wünschenswerten Reformen. Basierend auf qualitativen Interviews mit einem breiten Spektrum von politischen, wirtschaftlichen und technokratischen Eliten soll skizziert werden, ob es einen ideellen Konsens gibt oder ob es in den Reihen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Italiens mehrere miteinander konkurrierende Ansichten über die Ursachen der wirtschaftlichen Misere in Italien und mögliche Strategien für eine Wiederbelebung des Wachstums in der Zeit nach Covid-19 gibt und wie die Wachstumsvorstellungen der Eliten die politischen Agenden prägen.

## **Politische Aspekte von Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik**

*Björn Bremer*

Die Große Rezession hat die makroökonomische Politik des 21. Jahrhunderts aus dem technokratischen Bereich der „ruhigen“ in den elektoralen Bereich der „lauten“ Politik gezogen. Dennoch sind die politischen Auseinandersetzungen darüber von der Vergleichenden Politischen Ökonomie bislang nicht ausreichend untersucht worden. Es fehlt ein klares Verständnis dafür, wie sich die distributiven Folgen verschiedener makroökonomischer Strategien in politische Machtkämpfe über Positionen und Inhalte verwandeln. Das Projekt untersucht die politischen Konflikte hinter Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik und analysiert, wie wirtschaftliche Interessen zu politischen Koalitionen zusammenkommen, die sich hinter verschiedenen Wirtschaftsstrategien versammeln. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft vom elektoralen Wettbewerb in liberalen Demokratien nicht isoliert ist und verschiedene Wirtschaftsstrategien politisch umstritten sind. Untersucht werden insbesondere die sozialen und politischen Konflikte in den entwickelten Volkswirtschaften von 1985 bis 2015. Ziel ist die Beantwortung dreier Forschungsfragen: (1) Inwieweit sind makroökonomische Strategien unter den Wählern umstritten? (2) Wie und warum unterstützen oder lehnen verschiedene politische Akteure unterschiedliche makroökonomische Politiken ab? (3) Wie legitimieren diese Akteure die Unterstützung ihrer bevorzugten Politik?

## **Operationalisierung von Hegemonie: Wie die Vorstellungen von Ökonomie die Einstellungen zu Wachstumsmodellen prägen**

*Sinisa Hadziabdic*

Die Forschung zu Wachstumsmodellen setzt implizit voraus, dass ein führendes Wachstumsmodell von einem hegemonischen Diskurs begleitet wird, der dessen Existenz rechtfertigt und legitimiert. Gleichwohl ist bisher keine überzeugende Erklärung für die Wirkungsweise solcher Effekte vorgelegt worden. Das Projekt soll diese Lücke schließen, indem es die Rolle der öffentlich wirksamen Intellektuellen – und insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler – in den Mittelpunkt stellt. Angenommen wird, dass Ökonomen eine Schlüsselrolle zukommt, um die vorherrschende Wirtschaftsrhetorik einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Das Projekt soll erstens eine systematische Bestandsaufnahme der Entwicklungsgeschichte des ökonomischen Diskurses bieten und seine sich wandelnden wissenschaftlichen, ideologischen und kognitiven Wurzeln in vier Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) beleuchten. Hierbei werden überwiegend automatisierte Methoden zur Textanalyse sowie Regressionsanalysen verwendet. Zweitens soll es empirisch anhand einer Reihe von Experimenten zu Meinungen und Einstellungen die Mechanismen erforschen, durch die ein ökonomischer Diskurs die Wahrnehmungen zur Effektivität von Wachstumsmodellen beeinflussen kann.

## **Parteipolitischer Gestaltungsspielraum von Wachstumsmodellen**

*Erik Neimanns*

Die Vergleichende Politische Ökonomie hat sich in der jüngeren Vergangenheit nur unzureichend mit den politökonomischen Determinanten makroökonomischer Politik beschäftigt. Zugleich hat die entstehende Forschung zu postkeynesianischen Wachstumsmodellen gezeigt, dass Länder je nach Exportorientierung oder Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage unterschiedliche Formen sozialer Ungleichheit und ökonomischer Instabilität erzeugen. Ziel des Projekts ist, herauszufinden, welchen Spielraum politische Parteien haben, Veränderungen auf makroökonomischer Ebene herbeizuführen. Befürworten Individuen, die unter einem gegebenen Wachstumsmodell sozioökonomisch relativ benachteiligt sind, Veränderungen in makroökonomischer Politik und inwiefern übersetzen sich solche Präferenzen in tatsächliches Wahlverhalten? Inwiefern werden einerseits die Interessen dieser Individuen in politischen Entscheidungen von Regierungen verschiedener parteipolitischer Ausprägungen repräsentiert und andererseits der politische Spielraum für makroökonomische Reformen durch den bestehenden Status quo liberalisierter Marktwirtschaften eingeschränkt? Das Projekt verfolgt ein quantitatives Forschungsdesign anhand von Regressionsanalysen makroökonomischer Indikatoren, der Parteienzusammensetzung von Regierungskoalitionen, individuellen Wahlverhaltens und individueller Präferenzen zu makroökonomischer Politik in westlichen Industriestaaten für den Zeitraum ab den 1970er-Jahren.

## **Wachstumsmodelle und politische Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker Parteien**

*Erik Neimanns und Lucio Baccaro*

Theoretisch ist zu erwarten, dass Lohnzurückhaltung und eine konservative Fiskalpolitik exportgetriebenes Wachstum unterstützen. Allerdings können diese funktionalen Voraussetzungen im Widerspruch zu den politischen Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker Parteien stehen, deren Einkommenssituation stark von Lohn-einkommen und staatlichen Ausgabenprogrammen abhängt. In welchem Verhältnis stehen diese möglichen Spannungen zwischen den funktionalen Voraussetzungen des Wachstumsmodells und den Präferenzen von Wählerinnen und Wählern? Gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen den Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker Parteien und exportgetriebenem Wachstum? Oder passen sich die Präferenzen an die funktionalen Voraussetzungen des Wachstumsmodells an und internalisieren Wählerinnen und Wähler die Notwendigkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten? Aufbauend auf einer Untersuchung mehrerer Erhebungswellen des International Social Survey Programme (ISSP) und Indikatoren auf Länderebene wird argumentiert, dass die Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker und rechter Parteien zu Lohnpolitik und öffentlichen Ausgaben konvergieren. Die Präferenzen von Wählerinnen und Wählern linker Parteien sollten umso konservativer ausfallen, je mehr das Wachstumsmodell exportgetrieben ist. Dieser Befund würde suggerieren, dass exportgetriebene Wachstumsmodelle sich ihre eigene politische Unterstützungsbasis schaffen. Das Projekt leistet einen Beitrag zur jüngeren Forschung zur Politik von Wachstumsmodellen, insbesondere hinsichtlich exportgetriebenen Wachstums.

## **Unternehmensbesteuerung und Wachstumsmodelle**

*Saila Stausholm*

Bei der Frage, wie Länder nach Wirtschaftswachstum streben und wer an Wachstumsstrategien gewinnt oder verliert, spielen Steuern eine zentrale Rolle. Insbesondere die Unternehmensbesteuerung ist ein Politikbereich mit allgemein anerkannt hoher Relevanz für Wachstum, vor allem, wenn Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen zur Investitionstätigkeit angeregt werden. Investitionsdruck hat in einigen Ländern zu einem extensiven Steuerwettbewerb geführt, während man sich gleichzeitig mit dem Thema der Steuervermeidung multinationaler Konzerne auseinandersetzen musste.

Die internationale Dynamik des Steuerwettbewerbs, steigende Investitionen und Unternehmensgewinne stellen eine Herausforderung für die Finanzwirtschaft eines Landes, dessen politische Allianzen sowie Ungleichheit dar. Die Unternehmensbesteuerung spielt eine wichtige Rolle in nationalen und transnationalen Politikdebatten und zeigt wichtige Dilemmata und Widersprüche auf, die allein auf nationaler Ebene nicht verstanden werden können. Auf der Grundlage der Internationalen und der Vergleichenden Politischen Ökonomie untersucht das Projekt daher, wie Unternehmenssteuerregimes mit der Weiterentwicklung von Wachstumsmodellen interagieren.

## **Wenn Wähler zu Kapitalisten werden: Politische Aspekte von Vermögensbesitz und die Macht des Finanzsektors in Wachstumsmodellen**

*Dustin Voss*

Das Wachstum globaler Finanzsektoren in den letzten drei Jahrzehnten hat „Durchschnittsbürgern“ neue Möglichkeiten zur Vermögensbildung eröffnet, aber gleichzeitig auch die Risiken von Finanzkrisen erhöht. Ein kurzer Blick auf die Größe und Regulierung von Finanzsektoren im internationalen Vergleich zeigt, dass Länder sehr unterschiedlich mit diesem Dilemma umgehen. Während in manchen weitgehende Liberalisierungsprozesse vorangetrieben wurden, bleiben Finanzmärkte anderswo in stärkerem Maße reguliert. Wie lassen sich Unterschiede der Größe und Macht von Finanzsektoren in verschiedenen Wachstumsmodellen erklären? Und unter welchen politischen Voraussetzungen stärken Länder ihre Abhängigkeit vom Finanzsektor als Motor von Wirtschaftswachstum und privatem Wohlstand? Das Projekt untersucht die politischen Folgen wachsenden Vermögensbesitzes in der Wählerschaft. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Fähigkeit der Finanzindustrie, ihre politische Macht in Koalitionen mit vermögenden Wählern auszubauen und dadurch die Abhängigkeit von Wachstumsmodellen auf den Finanzsektor zu erhöhen. Das Projekt verfolgt ein Mixed-Methods-Forschungsdesign. Dabei wird eine quantitative Analyse von privatem Vermögensbesitz in OECD-Ländern seit den 1990er-Jahren mit qualitativem Process-Tracing und Fallstudien auf der Grundlage von Interviews und Medienanalysen kombiniert.

## **Internationale Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen**

### **Spielarten säkularer Stagnation**

*Lucio Baccaro und Puneet Bhasin (Gallatin School, New York University)*

Mäßige Wachstumsraten und periodisch wiederkehrende Krisen: in politischen, technokratischen und wissenschaftlichen Kreisen geht das Gespenst der säkularen Stagnation um. Es ist ein Kernanliegen sowohl der Vergleichenden Politischen Ökonomie als auch der Internationalen Politischen Ökonomie, das Problem der säkularen Stagnation zu verstehen. Dies trägt nicht nur zur Klärung der strittigen Frage bei, ob es eine oder viele Spielarten des Kapitalismus gibt, sondern hilft auch bei der Wahrnehmung des Kapitalismus als eines Systems, das in verschiedenen Nationalstaaten gleichermaßen ähnlich und unähnlich ist, abhängig von ihrer jeweiligen Position im weltwirtschaftlichen Gefüge. Das Projekt geht von der Annahme aus, dass säkulare Stagnation einem gängigen Entwicklungsverlauf des modernen Kapitalismus entspricht und dass dieser gängige Trend hauptsächlich auf eine grundlegende Verschiebung der Einkommensverteilung weg von Arbeit und hin zu Kapital zurückzuführen ist, die sich seit nunmehr über vier Jahrzehnten vollzieht. Gleichzeitig unterscheiden sich die Reaktionen der nationalen kapitalistischen Systeme auf diese allgemeine Grundtendenz grundlegend voneinander. Ziel des Projekts ist, diese These mittels einer Analyse der Entwicklungsverläufe in den USA und Deutschland zu untermauern. Beide Systeme beruhen auf einer sich gegenseitig ergänzenden Nachfrage und erfahren trotz der allgemeinen Tendenz in Richtung Stagnation periodische Wachstumsschübe.

## **Wachstumsmodelle und das globale Finanzwesen**

*Lucio Baccaro und Benjamin Braun*

Wie interagieren nationale Wachstumsmodelle mit dem globalen Finanzsystem? Wie gelingt es manchen Ländern, Leistungsbilanzungleichgewichte über lange Zeit hinweg aufrechtzuerhalten? Die Vergleichende Politische Ökonomie (CPE) bietet erstaunlich wenige Antworten auf diese Fragen. Unsere These lautet, dass das Vorhandensein von tiefen und liquiden Finanzmärkten der Schlüssel zur Aufrechterhaltung von Leistungsbilanzdefiziten ist, während gerade ihr Fehlen die Aufrechterhaltung von Überschüssen ermöglicht. Auf der Grundlage der internationalen politischen Ökonomie (IPE) entwickeln wir einen Analyserahmen für die Interaktion zwischen Kapitalströmen, Finanzsystemen und Leistungsbilanzpositionen.

## **Politische Ökonomie des Euro**

### **Steckengeblieben: Euro-Reformpolitik im postpandemischen Europa**

*Lucio Baccaro und Björn Bremer*

Die Coronapandemie stellt für die Integrität der Eurozone eine neue existenzielle Bedrohung dar. Das verwundbarste Land scheint Italien zu sein, wo ohne eine Vergemeinschaftung der Schulden (entweder explizit durch Eurobonds beziehungsweise Corona-Bonds oder implizit durch die Bilanz der Europäischen Zentralbank) ein weiterer Anstieg der öffentlichen Verschuldung unvermeidbar ist und eine neue Finanzkrise entstehen könnte. In Italien hat die jahrelange wirtschaftliche Stagnation zu einer allgemeinen Verdrossenheit gegenüber dem Euro geführt. Konfrontiert mit den Zusatzkosten zur Bewältigung der Coronakrise könnten italienische Wählerinnen und Wähler einen Austritt aus der Gemeinschaftswährung dem Verbleib vorziehen – insbesondere, falls die Krisenbewältigung harte Sparmaßnahmen vorsieht. Eine glaubwürdige Androhung, den Euro zu verlassen, könnte entweder die Entstehung eines gemeinsamen Haushaltes ermöglichen oder zum Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung führen. Anhand von Umfrageexperimenten in Italien, Deutschland und weiteren europäischen Ländern untersucht dieses Projekt die Präferenzen für den Euro.



## Forschungsgruppe Politische Ökonomie der europäischen Integration

### **Einführung**

*Martin Höpner*

Die Europäische Union ist von Erweiterungsrunde zu Erweiterungsrunde heterogener geworden. In ihr finden sich höchst unterschiedliche Wohlstandsniveaus, Sozialstaaten, Arbeitsbeziehungen und Corporate-Governance-Regime. Auch hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von Export oder Binnennachfrage unterscheiden sich die Mitglieder von EU und Eurozone erheblich. Die Forschungsgruppe analysiert, welche Auswirkungen diese Heterogenität auf den Verlauf der europäischen Integration entfaltet. Insbesondere befasst sie sich mit folgenden Fragestellungen: (1) der politökonomischen Konfliktstruktur in der EU und in der Eurozone; (2) der Funktionsweise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; (3) dem Spannungsfeld zwischen rechtlicher und politischer Integration; (4) dem Liberalisierungsbias der europäischen Integration; (5) den Determinanten der Teilautonomie der supranationalen Institutionen Kommission und Europäischer Gerichtshof (EuGH); (6) dem durch die europäische Integration angestoßenen Wandel der europäischen Spielarten des Kapitalismus und seinen Konsequenzen für Produktion, Verteilung und Demokratie; (7) der politökonomischen Fundierung von Integrationstheorien.

### **Die Dynamiken der „Integration durch Recht“**

*Martin Höpner*

Europäische Grundsätze ergänzen und verdrängen mitgliedstaatliches Recht nicht nur auf Grundlage politischer Entscheidungen. Neben der politischen Integration existiert eine höchst dynamische „Integration durch Recht“. Dieses Projekt analysiert die extensive Interpretation der europäischen Grundfreiheiten und des europäischen Wettbewerbsrechts durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Es fragt nach den Quellen der Handlungsfreiheit des EuGH, die Anwendungsbereiche der Binnenmarktfreiheiten und des Wettbewerbsrechts immer weiter auszudehnen, und analysiert die Folgen für die Mitgliedsstaaten. Insbesondere wird untersucht, wie das Zusammenwirken nationaler und europäischer Interessen eine wirksame politische Kontrolle der europäischen Rechtsentwicklung erschwert. Darüber hinaus sollen Wege eines effektiveren Schutzes der heterogenen mitgliedstaatlichen Arbeitsmarkt- und Sozialregime vor liberalisierenden Übergriffen der Grundfreiheiten und des europäischen Wettbewerbsrechts offengelegt werden.

## **Die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration**

*Martin Höpner*

Feste Wechselkursregime erfordern konvergente Lohn- und Preisauftriebe der teilnehmenden Länder. Alle europäischen Währungsordnungen seit dem Zweiten Weltkrieg bestanden aber aus höchst heterogenen Ländergruppen. Das Projekt untersucht, welche Implikationen die Heterogenität der europäischen Wirtschafts- und Sozialregime für die Währungsintegration hat. Besonderes Augenmerk gilt dabei Deutschland, das in allen europäischen Währungsordnungen seit dem Zweiten Weltkrieg niedrigere Inflationsraten als seine Handlungspartner hervorbrachte und daher durch die Unterbewertung seiner Währung Wettbewerbsvorteile erzielen konnte. Das Projekt analysiert, wie insbesondere die Heterogenität der innereuropäischen Modi der Lohnfindung zur Verzerrung der realen Wechselkurse im Euro beitrug. Darüber hinaus wird untersucht, ob ein etwaiger Export des deutschen Lohnregimes oder eine europäische Lohnkoordination gangbare Wege der Problembearbeitung sein könnten.

## **Öffentliche Arbeitgeber als staatliche Akteure: Die Politische Ökonomie der Lohnbildung im öffentlichen Sektor Deutschlands**

*Donato Di Carlo*

Anknüpfend an eine im Frühjahr 2019 abgeschlossene Dissertation untersucht das Projekt die institutionellen und politischen Faktoren, die im Kontext der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion für die deutsche Lohnpolitik im öffentlichen Sektor verantwortlich waren. Während die spezifischen Merkmale der Lohnfindung im Exportsektor in der neokorporatistischen Literatur der Vergleichenden Politischen Ökonomie bereits ausführlich beleuchtet worden sind, wurde die Politische Ökonomie der Lohnfindung im öffentlichen Sektor bisher kaum erforscht. Das Projekt hebt den fiskalischen Charakter hervor, der dem Lohnfindungsprozess im öffentlichen Sektor eigen ist. Dabei fokussiert es auf die zentrale Rolle der öffentlichen Arbeitgeber als Akteure der Lohnfindung, die gleichzeitig in die institutionelle Matrix des Staates eingebettet sind. Es stützt sich auf den Analyseansatz des akteurzentrierten Institutionalismus, um Erkenntnisse der Vergleichenden Politischen Ökonomie, der Soziologie öffentlicher Finanzen, der Theorie des Fiskalföderalismus und der Theorie der industriellen Arbeitsbeziehungen zusammenzuführen. Argumentiert wird, dass unter Berücksichtigung des in der Wirtschafts- und Währungsunion herrschenden begrenzten politischen Handlungsspielraums die Lohnpolitik im öffentlichen Sektor eine wesentliche, wenn auch bisher vernachlässigte Rolle spielt: als ein maßgebliches länderspezifisches Instrument der ökonomischen Governance, das stabilisierend oder destabilisierend wirken kann.

## **Europäische Sozialpolitik: Eine nordische Perspektive**

*Maximilian Kiecker (Dissertation)*

Schwedische und dänische Sozialpartner zeigen sich regelmäßig skeptisch gegenüber neuer Unionsgesetzgebung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. So lehnten sie beispielsweise den im Jahr 2020 von der Kommission vorgelegten Vorschlag für eine Mindestlohn-Richtlinie strikt ab, obwohl er in Schweden und Dänemark kaum Anpassungsbedarf hervorgerufen hätte. In Finnland zeigen sich die Sozialpartner hingegen regelmäßig aufgeschlossener gegenüber europäischer Sozialpolitik. Die unterschiedlichen Präferenzen der Sozialpartner sind bemerkenswert, da die skandinavischen Länder gemeinhin als sozialdemokratische Musterstaaten gelten, die naturgemäß ein gemeinsam geteiltes, besonders ausgeprägtes Interesse an der Beschränkung von Sozialdumping haben müssten. Um die Gründe für diese Haltungen aufzudecken, vergleicht das Projekt die Positionierung der Sozialpartner in Schweden, Dänemark und Finnland im Hinblick auf drei Politikbereiche: die soziale Säule der EU, die Entsendung von Arbeitnehmern und den makroökonomischen Dialog in der Post-Laval-Ära, wobei Prozessanalysen und Eliteninterviews eingesetzt werden.

## **Verhandlung steuerlichen Spielraums in der zweiten Dekade des Euro**

*Camilla Locatelli (Dissertation)*

Die zweite Dekade des Euro war von zahlreichen Krisen geprägt, die die europäischen Wohlfahrtsstaaten unter Druck setzten. Die Spannungen mündeten in eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration in Form verstärkter Beteiligung der europäischen Institutionen an nationalen fiskalpolitischen Entscheidungsprozessen. Die fiskalischen Entscheidungsmodi haben sich damit grundlegend verändert und den Konsolidierungsdruck verstärkt. Dieser gemeinsame Trend übersetzte sich in den Mitgliedsländern der Eurozone aber in unterschiedliche finanzierungs- und ausgabenseitige Anpassungsstrategien. Das Dissertationsprojekt zielt auf ein besseres empirisches und theoretisches Verständnis des neuen europäischen Fiskalregimes. Hierzu wird der Umgang nationaler Fiskalpolitik mit äußerem Druck in verschiedenen Zusammenhängen untersucht. Für die Studie kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. In einem quantitativen Teil werden die fiskalischen Entwicklungen der Eurozonenländer beschrieben. Mittels vergleichender Fallstudien werden die fiskalpolitischen Entscheidungsprozesse im neu entstandenen Mehrebenensystem eingehender untersucht.



## Forschungsgruppe Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden

### **Einführung**

*Leon Wansleben*

Die Fiskalregimes entwickelter westlicher Demokratien sind schwerfällige Gebilde. Alternde Bevölkerungen, wachsende Gesundheitskosten und andere Faktoren erzeugen einen chronischen Ausgabendruck. Gleichzeitig bedeuten die geringen Aussichten auf hohes Wirtschaftswachstum und die festgefahrene Opposition gegenüber höheren Steuern, dass Staaten ihre Einnahmen nicht signifikant ausweiten können. Während Schuldenfinanzierung teilweise erlaubt, dem daraus resultierenden Dilemma zu entkommen, existieren in den meisten Staaten selbst auferlegte oder marktbedingte Begrenzungen für Verschuldungen und Defizit Ausgaben. Die Forschungsgruppe untersucht, wie staatliche Akteure mit dieser Problemsituation umgehen und versuchen, angesichts wachsender ökonomischer Instabilitäten, Ungleichheiten und transformativer Herausforderungen wie dem Klimawandel, neue Lösungen zu finden. Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts zeigen, dass Austeritätspolitiken auf erhebliche politische Widerstände stoßen und wenig zur Lösung der ökonomischen und fiskalischen Probleme beitragen. Aber was sind die Alternativen? Unter welchen Bedingungen können politische Eliten Fiskalregimes nach Kriterien der ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit umgestalten? Oder wann wählen sie stattdessen Ausweichmanöver, wie angezeigt durch massive Anleihenkaufprogramme von Zentralbanken oder Bilanztricks bei der Durchführung von Investitionsmaßnahmen? Die Forschungsgruppe untersucht die strukturellen und institutionellen Bedingungen und auch die Mesoprozesse, die bei der Wahl fiskalischer Problemlösungsstrategien in dieser kritischen Phase von Bedeutung sind.

### **Politikinnovationen und die Herausforderung ökologischer Fiskalreformen**

*Leon Wansleben*

Um die Reduktionen von Treibhausgas-Emissionen durchzusetzen, die zur Erreichung ihrer klimapolitischen Ziele notwendig wären, müssten Staaten ihre Fiskal- und Sozialpolitiken grundlegend neu ausrichten. Für eine entsprechende Nachhaltigkeitswende müsste Konsum umfassend mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer belegt werden, relative Preise müssten verschoben, Subventionen neu ausgerichtet und massive Ressourcen zum Infrastrukturausbau und -umbau mobilisiert werden. Dies wiederum erfordert tiefe Eingriffe in existierende fiskalische Beziehungen, wodurch Verteilungsfragen neu gestellt werden. Wie antworten unterschiedliche Staatsstrukturen und -kulturen auf diese enorme Herausforderung, die vergleichbar ist mit der Einführung von Wohlfahrtspolitiken und makroökonomischer Steuerung im frühen 20. Jahrhundert? Der Tradition staatszentrierter politischer Soziologie folgend, konzentriert sich dieses Projekt auf bürokratische Organisationen, ihren Nexus zur Parteiendemokratie,

ihren internen Wandel und ihre Rolle bei der Generierung von Politikinnovationen, um zu verstehen, in welchem Ausmaß und auf welche Weise verschiedenen Staaten eine „grüne“ Transformation ihrer Sozial- und Fiskalpolitiken gelingt. Mithilfe einer Kombination aus historisch-institutioneller Forschung und Organisationssoziologie werden Prozesse gescheiterter und erfolgreicher Reformen, ihre Ermöglichungsbedingungen und Widerstände in Deutschland und Großbritannien untersucht.

### **Städtische grüne Infrastrukturen: Unter welchen Bedingungen gelingen Investitionen?**

*Leon Wansleben und Ned Crowley*

In den vergangenen Jahren hat eine wachsende Zahl von Lokalregierungen in westlichen Demokratien den Klimanotstand ausgerufen und eigene Zielmarken für die Erreichung von Klimaneutralität gesetzt. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit von Investitionen in die lokale Infrastruktur immer dringender geworden, denn nachdem jahrzehntelang nur zögernd investiert worden ist, herrscht heute ein hoher Bedarf an erneuerten Stromnetzen, intelligenteren Wasserver- und entsorgungssystemen, verbessertem öffentlichen Nahverkehr und besser gedämmten öffentlichen Gebäuden. Wie gehen lokale administrative und politische Entscheidungsträger mit diesen Herausforderungen um, und wie beeinflussen strukturelle wie institutionelle Kontexte die fiskalischen und organisationalen Kapazitäten, die für Infrastrukturinvestitionen gebraucht werden? Unter welchen Bedingungen können „grüne“ Governance-Koalitionen politische Unterstützung für grüne Infrastrukturpolitik mobilisieren, und wie verhalten sich Klimaschutzmaßnahmen zu sozialen und ökonomischen Anforderungen und Interessen? Das Projekt versucht, diese Fragen unter Rekurs auf Konzepte und Forschungsstrategien der Fiskal- und Stadtsoziologie zu beantworten. Mehrere Lokalregierungen in England und Deutschland werden mithilfe einer Vielzahl von Methoden, einschließlich eigener Umfragen und lokaler Ethnographien, untersucht.

### **Klimapolitik als Verteilungspolitik: Warum haben Dekarbonisierungsmaßnahmen im deutschen Wohnsektor eine regressive Wirkung?**

*Leon Wansleben und Laura Carlotta Terhorst*

In der Diskussion um die sozialen Aspekte von Klimapolitik steht das Thema Wohnen seit einiger Zeit im Fokus. Gründe dafür sind unter anderem steigende Miet- und Wohnkosten durch die energetische Sanierung von Wohngebäuden und Energiearmut in einkommensschwachen Haushalten. Für Deutschland deuten ökonomische Studien zudem darauf hin, dass verschiedene klimapolitische Maßnahmen im Bereich Wohnen, wie zum Beispiel Einspeisevergütungen, Subventionen für die Installation von Solarzellen oder Isolierung, regressive Verteilungseffekte haben. Immobilienbesitzerinnen und -besitzer mit hohem Einkommen können diese Subventionen nutzen und längerfristige Einsparungen erzielen. Einkommensschwächere Mieterinnen und Mieter hingegen sind dem Risiko höherer Kosten ausgesetzt, da solche Kosten auf sie abgewälzt werden können; oder sie leben in Immobilien, in die nicht investiert wird. Ziel des Projekts ist, zu erklären, inwiefern politische Prozesse in Deutschland zu diesem regressiven Verteilungsergebnis geführt haben. Warum hat die Politik versäumt, effektive Lösungen zu finden, die den Mieterinnen und Mietern, der größten Gruppe im deutschen Wohnungssektor, zugutekommen würden? Diese Frage wird anhand einer Prozessanalyse untersucht, die den Einfluss von Interessengruppen, Parteipolitik, den öffentlichen Diskurs, Implementierungsmechanismen sowie zugrunde liegende Dispositionen und Konzepte von Gerechtigkeit berücksichtigt.

## **Mehrebenenpolitik, öffentliche Finanzen und Verteilungskonflikte in Phasen der Austerität**

*Ned Crowley*

Ungeachtet des jüngsten Anstiegs der pandemiebedingten Ausgaben ist die Situation reicher Demokratien seit vier Jahrzehnten in unterschiedlicher Ausprägung von permanenter Austerität bestimmt. Diese permanente Austerität hat neben einer allgemeinen Begrenzung der öffentlichen Ausgaben häufig eine Dezentralisierung der fiskalischen Verpflichtungen auf die kommunale und regionale Regierungsebene zur Folge. Ein solcher Prozess reproduziert räumliche Ungleichheiten zwischen mehr und weniger benachteiligten Gebieten. Darüber hinaus wird bei einer Verschiebung der fiskalischen Verpflichtungen auf die unteren Ebenen auch die politische Dynamik im Bereich der öffentlichen Finanzen auf die kommunale Ebene verlagert. Das Projekt soll am Beispiel der USA und Großbritanniens näher ergründen, wie sich eine solche „Trickle-down-Austerität“ auf die fiskalische Handlungsfähigkeit und die Fiskalpolitik in den Kommunen auswirkt. Die Fragestellungen lauten: (a) Welchen Einfluss haben Maßnahmen der Zentralregierungen im Bereich der öffentlichen Finanzen auf die räumliche Verteilung von Ungleichheit und sozialer Benachteiligung zwischen Regionen und Gebieten? (b) Wie navigieren kommunale Regierungen innerhalb dezentraler Fiskalsysteme unter Austeritätsbedingungen, insbesondere mit Blick auf die Bereitstellung öffentlicher Güter, Sozialleistungen und die Erreichung von Reduktionen in CO<sub>2</sub>-Emissionen? (c) Wie werden kommunale Strategien im Bereich der öffentlichen Finanzen und der Fiskalpolitik durch Unterschiede in den nationalen Fiskalsystemen beeinflusst?

## **Die Grenzen von Staatsschulden: Europäische Staatsschuldengkategorisierung, deren Anwendung und Reinterpretation**

*Vanessa Endrejat (Dissertation)*

Statistiken über Staatsverschuldung sind mächtige politische und gesellschaftliche Instrumente, deren Aussagekraft über Staatsfinanzen insbesondere nach der Eurokrise angezweifelt wurde. Das Dissertationsprojekt untersucht, wie die Grenzen in der Berechnung von Staatsschulden gezogen, angewendet und angepasst werden. Ein zentrales Objekt solcher Reinterpretationen sind Aktivitäten oder Institutionen, welche am Rande von Staatsbilanzen liegen, sogenannte Eventualverbindlichkeiten. So belasten beispielsweise Regierungsgarantien oder öffentlich-private Partnerschaften nur den Staatshaushalt, wenn bestimmte Bedingungen eintreten, während sie andererseits fiskalische Risiken bergen. Das Projekt fragt, wie Konflikte um die (Re-)Definition solcher Eventualverbindlichkeiten nach der Eurokrise gelöst wurden. Aufbauend auf feldtheoretischen Ansätzen, soziologischen Ansätzen zu Politikinstrumenten sowie der Soziologie der Quantifizierung analysiert es die Interaktion zwischen Akteuren und Statistikern der Europäischen Union und nationalen Institutionen im einzigartigen Post-Eurokrise-Kontext, der sich besonders durch die reflexive Anwendung und Reinterpretation statistischer Kategorien auszeichnet.

## **Die Verwissenschaftlichung von Zentralbanken**

*Edin Ibrocevic (Dissertation)*

Zentralbanken haben in den letzten dreißig Jahren eine außergewöhnliche Transformation erfahren. Schien Geldpolitik einmal eine Art obskurer Kunst zu sein, die nur von Zentralbankpräsidenten beherrscht wurde, so gleicht sie heute einer technokratischen und präzisen Wissenschaft. Der Prozess der Verwissenschaftlichung fand jedoch nicht bei allen Zentralbanken gleichzeitig und zum gleichen Grad statt. Während die US-Zentralbank mit all ihren Ablegern bereits in den 1970er-Jahren erste Forschungsabteilungen schuf, hingen die meisten G20-Zentralbanken noch Jahrzehnte nach. Heutzutage haben fast alle Zentralbanken Forschungsabteilungen, wissenschaftliche Publikationen und bieten interne Forschungslaufbahnen oder temporäre Forschungsstellen an. Weil die Unterschiede in der Verwissenschaftlichung von

Zentralbanken bis jetzt in der Literatur kaum erfasst wurden, ist es Ziel des Projekts, die durch die Verwissenschaftlichung entstandenen Strukturen und Dynamiken in der Wissensproduktion von Zentralbanken sowie die Auswirkungen auf Institutionen und Zentralbankpolitik zu erforschen. Hierzu werden Theorien des soziologischen Institutionalismus, die Feldtheorie Bourdieus und die Soziologie der Übersetzung miteinander kombiniert. Empirisch stützt sich die Studie auf quantitative und qualitative Dokumentenanalysen aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Zentralbanken, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Bank for International Settlements (BIS) sowie Experteninterviews.

## **Wie Märkte Staaten umgestalten: Staatsschulden und Neoliberalismus in Brasilien**

*Teresa Ruas Coelho (Universidade Federal de Sergipe)*

Staatsschulden waren über mehrere Jahrzehnte ein wichtiges Thema politischer Debatten in Brasilien. Das Land geriet wie andere lateinamerikanische Staaten in den 1980er-Jahren in eine Auslandsschuldenkrise. Obwohl Staatsschulden seitdem vor allem im Inland gehalten werden, hat das Thema immer noch einen hohen Stellenwert in der Wirtschaftspolitik. Wie sind Staatsschulden in Brasilien zu einem Problem geworden und inwiefern steht dieser Prozess in Zusammenhang mit der Implementierung eines neoliberalen Entwicklungsmodells in diesem Land? Das Dissertationsprojekt konzentriert sich auf die Bemühungen neoliberaler Akteure, die sich selbst als „Revolutionäre“ begreifen, berufen zur Modernisierung des brasilianischen Staatshaushalts. Diese Akteure arbeiten aktiv daran, eine neue wirtschaftliche Realität zu schaffen und neue Verfahren und Techniken zu etablieren, diese Realität zu steuern. Dieses Netzwerk von Akteuren, Praktiken und Instrumenten steht im Fokus dieser Forschungsarbeit, die auf einer qualitativen Methodologie beruht. Um das Netzwerk nachzuzeichnen, werden institutionelle Dokumente, Archivmaterialien sowie Nachrichten und akademisch-biografische Publikationen relevanter Akteure ausgewertet. Das Projekt wird gefördert durch das Programm Coordenação de Aperfeiçoamento de Pessoal de Nível Superior (CAPES) des brasilianischen Bildungsministeriums.



## Doktorandenprogramm IMPRS-SPCE: Dissertationsprojekte

### **In Arbeit bleiben: Geflüchtete und Asylsuchende in atypischen Beschäftigungsverhältnissen**

*Ayodeji Stephen Akinnimi*

Während in Deutschland immer mehr Geflüchtete einen positiven Asylbescheid und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, arbeiten staatliche Organisationen zusammen mit anderen Institutionen daran, ihnen einen baldigen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zugang zu verschiedenen sozialen Netzwerken sowie die Besonderheiten der jeweiligen Untergruppe von Migrant\*innen sind bedeutsame Faktoren dafür, wie neu Zugewanderte eine Arbeitsstelle finden, wie sie diese behalten und wie sie ihren Beschäftigungsstatus verbessern. Ein Ziel dieses Projekts ist die Erforschung der Interaktionen zwischen Bestimmungen des Arbeitsrechts und Maßnahmen zur Migrationskontrolle – insbesondere jenen, die Asylsuchende und Geflüchtete betreffen – bei der Vermittlung neuer Migrant\*innen in Positionen mit niedrigem Status im deutschen Arbeitsmarkt. Dabei stellt die Untersuchung die Erfahrungen in den Vordergrund, die machen, wenn sie durch Chancen und Restriktionen navigieren und dabei versuchen, ihren Beschäftigungsstatus – und somit auch ihre soziale Stellung – zu verbessern. Die Studie ist als eine qualitative Untersuchung von jüngst Zugewanderten angelegt, die mögliche Unterschiede verschiedener Ethnien berücksichtigt und den Fokus nicht nur darauf richtet, wie Zugewanderte in Arbeit kommen, sondern auch darauf, wie sie in Arbeit bleiben – idealerweise, indem sie in Normalarbeitsverhältnisse wechseln.

### **Navigieren nach den Sternen: Die Politische Ökonomie der Geldpolitik zwischen natürlicher Rate und Zentralbankunabhängigkeit**

*Tobias Arbogast*

Die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik und deren Möglichkeiten sind ein zentraler Bestandteil moderner Gesellschaften im Spannungsfeld zwischen Kapitalismus und Demokratie. Dabei spielt die Geldpolitik eine wichtige Rolle. Traditionell wurden die Möglichkeiten der Geldpolitik vor allem vor dem Hintergrund der Theorie der langfristigen Neutralität des Geldes auf Konjunkturstabilisierung beschränkt verstanden und ihre Ausgestaltung durch Mandate institutionell verankert. Die Politische Ökonomie hat hierbei entscheidende Erkenntnisse darüber geliefert, welche politökonomischen Spannungsfelder Zentralbanken navigieren und welchen Einflüssen sie in ihren Entscheidungen unterworfen sind. Das Dissertationsprojekt analysiert die Rolle zweier Faktoren im konkreten geldpolitischen Kurs der Zentralbank. Es untersucht, inwiefern sich die Theorie der sogenannten „natürlichen“ makroökonomischen Variablen (zum Beispiel NAIRU) innerhalb der Zentralbank auf deren geldpolitische Ausrichtung auswirkt. Zudem wird beleuchtet, inwiefern institutionelle Aspekte, wie die Wahrung von Zentralbankunabhängigkeit, die geldpolitische Ausgestaltung

bestimmen. Methodisch bedient sich das Projekt der Analyse von Dokumenten und ökonomischen Modellen sowie Interviews mit Mitarbeitenden von Zentralbanken. Untersucht werden die Zentralbanken Deutschlands und Frankreichs, der USA, Chinas und Boliviens im Zeitraum nach der globalen Finanzkrise.

## **Die Unabhängigkeit des globalen Südens? Der Einfluss chinesischer Investitionen auf die Entwicklung Kolumbiens**

*Clara Baumann*

Jahrzehntlang haben Unternehmen aus dem globalen Norden ihre Produktionsketten in den globalen Süden ausgedehnt, und von deren günstigen Rohstoffen und Arbeitskräften profitiert. Diese Dynamiken hinderten ihre Zielländer jedoch oftmals an ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und erhöhten deren Abhängigkeit von ihren nördlichen Investoren. Obwohl wirtschaftliche und politische Eliten teilweise von ihrer Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen profitieren konnten, verstärkten diese Dynamiken die sozialen Ungleichheiten innerhalb der Zielländer erheblich. Erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts stellen neue Wettbewerber aus dem globalen Süden – insbesondere aus China – diese traditionellen Paradigmen infrage. Bestehende Forschung konzeptualisiert diese jedoch lediglich als neue „Kernländer“, die traditionelle Abhängigkeitsdynamiken verstärken. Das Dissertationsprojekt erforscht im Gegensatz dazu potenzielle neue Entwicklungen und Besonderheiten der Süd-Süd-Investitionen. Es untersucht, ob und inwiefern sich die Herkunftslandpolitik von Investoren aus verschiedenen Teilen der Welt in ihren Auswirkungen auf die Entwicklung des Ziellandes unterscheidet. Insbesondere stellt es die Frage, inwieweit die derzeitige Verlagerung von Nord-Süd- zu Süd-Süd-Investitionen den Arbeitskräften der Zielländer eine Stimme verleihen kann. Mithilfe qualitativer Analysemethoden und Elementen der Grounded Theory werden die kritischen Fälle US-amerikanischer und chinesischer multinationaler Unternehmen in Kolumbien verglichen.

## **Subunternehmenschaft auf dem Betriebsgelände: Die Untervergabe arbeitsintensiver Tätigkeiten in Norditalien**

*Monica Bolelli*

Unternehmen quer durch alle Branchen haben in den letzten dreißig Jahren Restrukturierungen vorgenommen, um ihr Geschäft auf Kernkompetenzen zu konzentrieren. Mit dieser Strategie soll dem zunehmenden Druck der Investoren, die Ertragskraft zu verbessern, begegnet werden. Anfangs wurden die für das Hauptgeschäft der Unternehmen peripheren Tätigkeiten ausgelagert, doch nach und nach auch solche, die Kernkompetenzen betreffen oder integraler Bestandteil der Produktionsprozesse sind. In den Ländern Europas sind Leiharbeit und Entsendung die bei solchen Auslagerungen bevorzugt genutzten Instrumente – außer in Italien. Dort scheinen Formen der Unterauftragsvergabe arbeitsintensiver Tätigkeiten auf dem eigenen Betriebsgelände – seien sie kernkompetenzbezogen oder peripher – von besonderer Bedeutung zu sein. Dies ist ein bemerkenswerter Aspekt, da das Unternehmen bei seinem eigenen Personal den Arbeitsprozess direkt steuert, bei der Unterauftragsvergabe hingegen die Organisation der Arbeit dem Subunternehmer überlässt und Standards und Ziele allein durch die Vertragsgestaltung setzen kann. Diese Doktorarbeit soll die Rolle des *appalto* (der Unterauftragsvergabe) in der italienischen Wirtschaft erforschen und erklären, wie und warum diese Form der Auslagerung arbeitsintensiver Tätigkeiten eine derart hohe Bedeutung erlangen konnte.

## **Transnationaler Umweltaktivismus in schwierigen Kontexten: Eine vergleichende Analyse transnationaler ENGOs in China und der Türkei**

*Ceren Çevik*

Mit dem Klimawandel als einem der drängendsten Probleme der Menschheit steigt auch die Bedeutung transnationaler Verbindungen. Während die aktuelle Forschung viele Erkenntnisse über Interaktionen von NGOs in demokratischen Ländern

hervorgebracht hat, sind NGOs in nichtdemokratischen Ländern noch weitgehend unerforscht. Es gibt viele Debatten darüber, wodurch die Beziehungen der NGOs untereinander in diesen Ländern begünstigt werden, doch es ist unbekannt, welche Faktoren die möglichen Interaktionen zwischen NGOs in Kontexten beeinflussen, in denen ihre Aktivitäten streng überwacht und institutionell reguliert werden. Das Dissertationsprojekt untersucht die Arbeit transnationaler Nichtregierungsorganisationen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz (ENGOs) und deren Beziehungen zu lokalen ENGOs in diesen Regimen am Beispiel Chinas und der Türkei. Damit soll zu einem besseren Verständnis darüber beigetragen werden, wie institutionelle Strukturen und Regulierungen in nichtdemokratischen Ländern sich entwickeln und verändern und wie Gelegenheitsstrukturen für transnationalen Aktivismus geschaffen oder zerstört werden. China und die Türkei haben viele Gemeinsamkeiten, so zum Beispiel die politische Zentralisierung und die internationale Position zum Klimawandel. Die Studie positioniert sich an der Schnittstelle zwischen der Forschung zu sozialen Bewegungen, internationalen Beziehungen sowie Organisationsstudien und hat zum Ziel, bedeutende Beiträge zu diesen Forschungsfeldern zu leisten.

### **Institutionelles Landeigentum und seine Grenzen: Politisches Ringen im regulatorischen Umfeld von Land als Anlageklasse**

*Hanna Doose*

Ankauf und Eigentum von Grund und Boden zu Investitionszwecken ist eine fortwährend attraktive Anlageklasse, nicht nur für die Bewahrung, sondern auch für die Vermehrung von Wohlstand. Aktuelle Studien schätzen, dass bis zu zwei Drittel des globalen Reinvermögens in unterschiedlichen Formen des Grund- und Bodeneigentums liegt (mit dem größten Anteil im Wohnsektor). Vermehrt wird Grund und Boden als Anlageklasse in die Finanzmärkte eingebettet. Das Dissertationsprojekt untersucht die Besonderheiten von der Finanzialisierung von Grund und Boden und wie sich diese in dem politischen Einfluss von institutionellen Landeigentümerinnen und Landeigentümern widerspiegelt. Es hat zum Ziel, (a) Erkenntnisse zu Finanzialisierungsprozessen von Grund und Boden und den entsprechenden Besitzergruppen zu erweitern; (b) den Einfluss von Heterogenität in der Liquidität der Anlageklassen von Unternehmen auf Finanzialisierungsdynamiken und Machtstrukturen zu untersuchen; und (c) die Auswirkungen eines räumlich eingebetteten Aspekts von Finanzialisierung auf verschiedene Formen von Finanz- und Unternehmensmacht und einschlägige Bündnisse zu erfassen. Das Projekt hat einen qualitativen Ansatz mit mehreren Fallstudien und bezieht empirisches Material größtenteils aus einer Kombination von Experteninterviews und Dokumentenanalyse.

### **Marktversprechen: Ursprünge und Hegemonie neoliberaler Wirtschaftsimagination in Peru, 1945–2000**

*Stephan Gruber*

Peru hat in den 1990er-Jahren eine grundlegende Transformation seiner Volkswirtschaft erfahren, in deren Folge sich ein neoliberales Regime dauerhaft installieren konnte. Wie konnte der Neoliberalismus in Peru einen solchen Hegemonialstatus erlangen? Angesichts der Tatsache, dass diese Transformation Teil der handelspolitischen Liberalisierung Lateinamerikas im Rahmen des sogenannten Washington-Konsenses war, wird sie in der Literatur hauptsächlich als überbestimmt durch den wirtschaftlichen und politischen Kontext bezeichnet, der die Verfolgung progressiver politischer Strategien unhaltbar machte und liberale ideelle Konzepte verbreitete, die eine Stärkung der Mittelschicht zur Folge hatten. Dieses Dissertationsprojekt soll im Gegensatz dazu zeigen, warum die neoliberale Hegemonie in Peru das Ergebnis eines längeren historischen Prozesses mit zahlreichen internen Triebkräften ist, in dem durch eine kreative Umsetzung neoliberaler Ideen – die eine technokratische Entpolitisierung mit populistischen Versprechungen verknüpfte – die wirtschaftliche Imagination dessen, was als politisch möglich erachtet wurde, transformiert wurde. Diese Transformation soll durch eine Kombination von Ansätzen aus der Geistesgeschichte,

der Politischen Ökonomie und der Wissenssoziologie erläutert werden, um die Verankerung von Ideen in sozialen Strukturen und Machtgefügen zu illustrieren. Das Projekt wird sich anhand einer qualitativen Methodologie, die umfangreiche Archivrecherche mit Interviews verbindet, mit den institutionellen Bereichen auseinandersetzen, in denen die wirtschaftliche Imagination erschaffen und verbreitet wurde: Universitäten, Denkfabriken und politische Parteien.

### **Mehr als bloße Koordination: Eine makroökonomische Interessengruppenperspektive auf die Klimapolitik**

*Anna Hehenberger*

Die Klimapolitikleistungen einzelner Länder weichen trotz der universalen Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen stark voneinander ab. Diese Unterschiede werden in der Regel als eine Folge erfolgreicher oder fehlgeschlagener Koordination verstanden. Die Zentralität der Koordination verschleiert jedoch, dass ernst gemeinte Klimapolitik eine dramatische Umstrukturierung der wirtschaftlichen und sozialen Systeme erfordert. Erst die Berücksichtigung solcher Veränderungen offenbart die entscheidenden innerstaatlichen Verteilungskonflikte, die der Klimapolitik zugrunde liegen. Wer mit welchen wirtschaftlichen Interessen an diesen Konflikten beteiligt ist, wird in dem Dissertationsprojekt daher durch eine systematische Analyse des makroökonomischen Kontexts eines Landes identifiziert. Diese systematische Analyse baut auf der Typologie der Wachstumsmodelle auf und verfeinert sie, um zu untersuchen, warum einige Länder in der Klimapolitik führend sind, während andere zurückfallen. Im Rahmen der vergleichenden politökonomischen Forschung vergleicht diese Studie fortgeschrittene Volkswirtschaften und untersucht ihre Klimapolitikleistungen als Produkt der Emissionsintensität ihrer Volkswirtschaften, der Koalitionen, die sie bilden, und des Einflusses, den diese Koalitionen auf die Klimapolitik ausüben.

### **Die Balance zwischen Wachstum und Sicherheit: Antworten entwickelter Ökonomien auf chinesische Investitionen**

*Osama Iqbal*

In den letzten zehn Jahren ist ein merklicher Anstieg chinesischer Direktinvestitionen (Chinese Foreign Direct Investment, CFDI) in fortgeschrittenen Industriestaaten zu verzeichnen. Als politische Antwort darauf haben viele Länder Screening-Mechanismen (Investment Screening Mechanisms, ISM) eingeführt und zunehmend verschärft. Trotz der übergreifenden Gemeinsamkeit von Investitionsscreenings ist der Umgang mit chinesischem Kapital von Land zu Land unterschiedlich. Vom strengen Screening chinesischer Direktinvestitionen in den USA zu moderater Offenheit im Vereinigten Königreich, von relativen Einschränkungen in Deutschland zu einer offenen Haltung in Schweden lassen sich merkbare Unterschiede bei der Aufnahme von CFDI beobachten. Das Dissertationsprojekt untersucht die Gründe für die Unterschiede beim Umgang mit chinesischen Direktinvestitionen.

### **Unternehmensmacht im digital(isiert)en Kapitalismus: Wie verändert die Digitalisierung die Machtressourcen, politischen Präferenzen und Lobbystrategien von Unternehmen?**

*Michael Kemmerling*

Digitalisierung bewirkt fundamentale Veränderungen in der kapitalistischen Wertschöpfung. Begriffe wie Überwachungs-, Digital- oder Plattformkapitalismus heben hervor, dass Daten, digitale Technologien und Infrastrukturen zunehmend ökonomische und soziale Aktivitäten beeinflussen. Während diese neuen, digital(isiert)en Geschäftsmodelle in den Wirtschaftswissenschaften bereits umfassend diskutiert werden, ist ihr Einfluss auf die politische Macht von Unternehmen nicht hinreichend erforscht. Bestehende Studien stellen eine Allianz zwischen Konsumierenden und Plattformen in den Mittelpunkt. Hierbei wird jedoch der Einfluss der Digitalisierung auf Nicht-Digitalunternehmen vernachlässigt. Außerdem ignoriert die Literatur zu

Plattformmacht weitestgehend die Erkenntnisse der Lobbyismus- und Interessengruppenforschung. Um die Plattformmachtdebatte zu erweitern, untersucht diese kumulative Dissertation, wie Digitalisierung die Machtressourcen, politischen Präferenzen und Lobbystrategien von Unternehmen beeinflusst. Ein erster Artikel führt das Konzept der digitalen Machtressourcen ein, um Unternehmensmacht in allen Wirtschaftssektoren zu messen. Ein zweites Papier untersucht die politischen Präferenzen von plattformabhängigen Unternehmen und analysiert das Entstehen von Lobbykoalitionen im Plattformkapitalismus. Der dritte Artikel zeigt, dass Plattformen Lobbyingstrategien zur Mobilisierung der Öffentlichkeit dann erfolgreich nutzen können, wenn eine einheitliche Politikdebatte geführt wird (USA) und die Diskussion nicht entlang von Grenzen fragmentiert ist (EU). In allen Artikeln werden vergleichende Fallanalysen mit quantitativen Methoden und Textanalysen kombiniert.

## **Horten von Arbeitskräften in Deutschland: Der Einfluss einbehaltener Gewinne und Familieneigentümerschaft**

*Jeremiah Nollenberger*

Der deutsche Arbeitsmarkt erwies sich während der Finanzkrise von 2008 und der Coronakrise 2020 als resilient. Während das Bruttoinlandsprodukt in beiden Krisen deutlich zurückging, blieben die zu erwartenden Entlassungswellen größtenteils aus. Dieser Arbeitsplatzzerhalt wird primär durch das Horten von Arbeitskräften durch die Unternehmen erklärt, indem sie Arbeitsstunden der Beschäftigten reduzierten oder einen Produktivitätsrückgang in Kauf nahmen. Dieses Verhalten der Unternehmen wurde mitunter staatlich gefördert, etwa durch Kurzarbeit und Kreditprogramme. Das Dissertationsprojekt will zu einem tieferen Verständnis der Resilienz des deutschen Arbeitsmarkts beitragen. Hierzu sollen zwei Besonderheiten der deutschen Unternehmensstruktur mit in die Erklärung einbezogen werden: die Familieneigentümerschaft auch an Großunternehmen sowie das ausgeprägte Einbehalten von Gewinnen vor den Krisen. Anhand mikroökonomischer Analysen von Firmendaten soll der Einfluss dieser beiden Merkmale auf die Beschäftigung in Krisenzeiten näher bestimmt werden.

## **Die unsichtbare Hand des Staates: Der Einsatz nationaler Entwicklungsbanken zur Durchsetzung von Wachstumsstrategien**

*Marco Oberti*

Der moderne Kapitalismus setzt der Fähigkeit des Staates Grenzen, Unternehmensakteure zu einem gewünschten politischen Verhalten anzuhalten. Aber wie steuern Staaten gegen solche Tendenzen und wie nutzen sie die verschiedenen Interventionsmöglichkeiten, um eine gewünschte Wachstumsstrategie zu implementieren? Das Dissertationsprojekt untersucht auf der Basis von Archiv- und Interviewdaten, wie die nationalen Entwicklungsbanken in Italien, Deutschland und Frankreich als Instrumente der Staaten eingesetzt werden, um Wachstumsstrategien durchzusetzen und in „Kernsektoren“ zu intervenieren. Aufbauend auf der Analyse der Kriterien nach denen Entwicklungsbanken Kernsektoren definieren, versucht die Studie zu analysieren, wie nationale Interaktionsmuster zwischen Geschäfts- und Entwicklungsbanken über die Nutzung verschiedener Interventionsmittel (zum Beispiel Anteilseinkauf, Weiterverleih) mit jeweils unterschiedlichen Konsequenzen entscheiden. Ein weiteres Ziel des Projekts ist, herauszufinden, ob Wahlpolitik einen förderlichen oder hinderlichen Einfluss auf die Aktivität von Entwicklungsbanken hat.

## **„Populistische Ansteckungseffekte“ im Unterhaus: Ausmaß, Inhalt, Mechanismen und Bedingungen**

*Ebru Ece Özbey*

Verschiedene neuere Studien argumentieren, die Politik in den liberalen Demokratien des Westens habe seit den 1990er-Jahren nach und nach populistische Züge angenommen. Zuzuschreiben sei dies nicht nur der steigenden Zahl populistischer

Parteien, Führungspersonlichkeiten und Bewegungen, sondern auch deren Mitbewerber aus der politischen Mitte, die sich ihnen ideologisch angenähert hätten. Gleichwohl konnten die bisherigen empirischen Befunde derlei „Ansteckungseffekte“ des Populismus nicht eindeutig belegen: Die vorhandene Literatur befasst sich überwiegend mit Wahlerfolgen und Wahlunterstützung, mit politischen Parteien als Untersuchungseinheiten sowie mit vorab anhand von Literaturstudien, Experteninterviews oder Umfrageergebnissen identifizierten Fällen. Dieses Dissertationsprojekt wird die theoretischen Argumente zu den Ansteckungseffekten des Populismus jenseits der parteipolitischen Sphäre überprüfen und dabei das vermeintlich lineare, unidirektionale Muster des Ansteckungsverlaufs (von Vertretern populistischer Ideologien zu jenen der politischen Mitte) hinterfragen. Hierzu verwendet es eine nichtnormative, engere Definition von Populismus und betrachtet ihn als ein eher graduelles denn dichotomes Phänomen. Gestützt auf einen Mixed-Methods-Forschungsansatz analysiert das Projekt Texte von Parlamentsdebatten sowie qualitative und quantitative Daten aus weiteren Quellen. Es ermittelt Messwerte für Populismus auf einer individuellen wie auch auf einer aggregierten Ebene und zeigt für den Zeitraum von 1997 bis 2017 die zeitlichen Trends der „Populistisierung“ auf. Darüber hinaus geht es den speziellen Inhalten verschiedener populistischer Manifestationen auf den Grund und erforscht den ausschmückenden Stil populistischer Kommunikation sowie die Mechanismen und Bedingungen populistischer Ansteckungseffekte.

### **Messung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen in entwickelten Volkswirtschaften und seiner ungleichen Auswirkungen**

*Danielle Pullan*

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen oder das Fehlen eines solchen kann für Menschen, die nicht bereit sind, Eltern zu werden oder ihre Familie zu vergrößern, mit schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen verbunden sein. Die gesellschaftliche Debatte im 20. Jahrhundert über die moralische Vertretbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen hat bereits vor Jahrzehnten fast überall in Europa zur Klärung der Gesetzeslage geführt. Das Dissertationsprojekt soll einen Beitrag zur wachsenden Meinung in der Literatur leisten, dass das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch allein nicht ausreicht, um den tatsächlichen Zugang dazu zu garantieren. Die Hindernisse sind politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Natur: zum Beispiel die Kosten für die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, der Zeitaufwand für mehrfache Arztbesuche, Beratungspflichten, Informationsbeschränkungen und Vorschriften, welche die Möglichkeiten der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs für Ärztinnen und Ärzte regeln. Mit einer Untersuchung dieser Hindernisse, insbesondere was den Zugang zu ärztlicher Behandlung bei einem geplanten Schwangerschaftsabbruch betrifft, will diese Forschungsarbeit zur Klärung der Frage beitragen, warum in zahlreichen Ländern ein signifikantes Gefälle zwischen den grundsätzlichen Regelungen für Abtreibungen und dem tatsächlichen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch besteht.

### **Umordnung in der Unordnung: Der Prozess zur Stabilisierung von Erwartungshaltungen im Halbleitermarkt**

*Valentin Rottensteiner*

Der Markt für Halbleiter-Chips zeichnet sich durch komplexe transnationale Netzwerke aus. Angesichts geopolitischer Konflikte und der Covid-19-Pandemie wurden diese Netzwerke erschüttert, was zu Komplikationen in der Produktion und zu Ungewissheit in der Kooperation mit anderen Marktakteuren führte. Wie stabilisieren Firmen und Staaten, die in der Halbleiterindustrie involviert sind, ihre Erwartungshaltungen und wie wollen sie die neuen Dynamiken im Markt verstehen? Die Literatur über Resilienz in Lieferketten liefert bereits wichtige Einblicke darin, wie Akteure neue Geschäftsstrategien entwickeln, um Probleme in der Produktion zu beheben. Allerdings bezieht dieser Literaturstrang nicht die kognitiven Elemente mit ein, die

Akteure verwenden, um die neuen Dynamiken im Markt zu verstehen und somit ihre Erwartungshaltung stabilisieren. Mit dem Rückgriff auf Annahmen aus der Marktsoziologie versucht das Dissertationsprojekt, die kognitiven Konzepte mit den neuen Geschäftsstrategien in Verbindung zu bringen und herauszufinden, welche Akteure in der Lage sind, diese Konzepte zu definieren. Eine solche Perspektive gewinnt an Bedeutung, wenn man die weitere strukturelle Veränderung des Marktes zumindest im Ansatz verstehen will. Dazu wird unter Verwendung einer Netzwerk-Diskursanalyse herauszufinden versucht, wie sich Strategien und Konzepte im Zeitraum von 2016 bis 2024 verändert haben.

## **Vorstellungen von Freiheit: Die Rolle imaginierter Zukünfte bei Südafrikas Transition**

*Elizabeth Soer*

Die Literatur zum Einfluss von imaginierten Zukünften auf das soziale, politische und wirtschaftliche Handeln wächst kontinuierlich. Allerdings fehlt es noch immer an Studien, die systematisch historische Zukunftsvorstellungen untersuchen. Das Dissertationsprojekt widmet sich dieser Lücke in der Literatur, indem es die Rolle von Zukunftsvorstellungen bei der Gestaltung des Übergangs von der Apartheid zur Demokratie in Südafrika in den 1980er- und 1990er-Jahren untersucht. Dabei wird von den Grundhypothesen ausgegangen, dass Zukunftsvorstellungen einen prägenden Einfluss auf das Vorgehen der Anti-Apartheid-Bewegung hatten und der Übergang von einem Prozess des „Neudenkens“ der Zukunft der Nation begleitet wurde. Darüber hinaus wurden während des ausgehandelten Übergangs Südafrikas im Jahr 1994 Methoden der Szenarioplanung genutzt, um die möglichen Zukunftsvorstellungen einer künftigen südafrikanischen Regierung, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, zu begrenzen. Die Forschungsarbeit wird das umfangreiche Archivmaterial und eine begrenzte Zahl von Interviews aus historischer und soziologischer Perspektive untersuchen.

## **Politik und Interessengruppen im deutschen Wachstumsmodell: Gesellschaftliche Unterstützung und Ablehnung des exportorientierten Wachstumsregimes**

*Mischa Stratenwerth*

Nationale ökonomische Wachstumsmodelle werden durch die zugrunde liegenden Konstellationen von (makroökonomischen) Politiken, Institutionen und Ideen geprägt. Ein solches Politikregime bedarf ausreichender politischer und gesellschaftlicher Unterstützung. Um das Verständnis der politischen Dynamik von Wachstumsregimen zu verbessern, rekonstruiert das Projekt die Positionen kollektiver Akteure bezüglich wichtiger Policy-Grundlagen des exportorientierten deutschen Wachstumsmodells. Es nimmt dazu insbesondere Interessengruppen in verschiedenen Wirtschaftssektoren in den Blick, die von einem exportfördernden Regime unterschiedlich betroffen sein müssten. Der Fokus liegt dabei auf relevanten Debatten in wesentlichen Politikbereichen des deutschen Unterbewertungsregimes. Ausgehend von der wachsenden politökonomischen Literatur zu Wachstumsmodellen und der Literatur zu „Producer Group Coalitions“ befasst sich die Arbeit primär mit der empirischen Frage, ob es in Deutschland erhebliche sektorale oder klassenbezogene Unterschiede bei der Unterstützung exportlastigen Wachstums gegeben hat, und untersucht, inwiefern exportstimulierende Politiken durch klassenübergreifende Koalitionen untermauert wurden. Der Forschungsansatz ist in erster Linie qualitativ und stützt sich auf Interviews, graue Literatur, Medienberichte und andere Dokumente.

## **Diversität erfordert Organisation: Die Rolle der Schulleitung bei der Integration ethnischer Minderheiten**

*Agnes Tarnowski*

Angesichts demografischer Veränderungen in der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Zusammensetzung der Schülerschaft in deutschen Schulen hat die Frage der Integration zunehmend wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. In diesem Projekt wird die Rolle der Schulleitung bei der Integration von ethnischen Minderheiten an weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen näher beleuchtet. Dazu entwickelt das Projekt einen theoretischen Rahmen der Schulorganisation und -verwaltung, der Konzepte aus der Integrations- und Bildungsforschung sowie der Organisationstheorie kombiniert. Ziel des Projekts ist die Beantwortung folgender Fragen: Wie definiert die Schulleitung Integration? Wie werden Problemlagen im Kontext ethnischer Vielfalt, wie zum Beispiel interethnische Spannungen in der Schülerschaft, interpretiert? Welche Strategien zur Organisation von Integration werden angewendet? Um die Integrationsstrategien der Schulen zu vergleichen, wird ein Mixed-Methods-Design eingesetzt. Nach der Analyse quantitativer Daten von Schülerinnen und Schülern wird in der qualitativen Forschungsphase eine vertiefende Studie an ausgewählten Schulen durchgeführt. Mithilfe eines Vergleichs der Integrationsbemühungen verschiedener Schulen sollen Hindernisse und Möglichkeiten der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verstanden und Faktoren identifiziert werden, die zur Schaffung kulturell integrativer Schulen beitragen.

## **Meritokratische Wettbewerbe: Einkommensungleichheit als Determinante der Arbeitszeit**

*Zarah Westrich*

Der Aufstieg der Meritokratie, eines Systems, in dem wirtschaftliche Ressourcen als leistungsabhängig gelten, geht mit einem Wandel der Arbeit einher. Hierbei wird das meritokratische Narrativ harter Arbeit genutzt, um den individuellen sozialen Rang und Ungleichheit zu rechtfertigen. Zu harter Arbeit zählt, eine hohe Stundenanzahl auf bezahlte Lohnarbeit und unbezahlte Sorgearbeit zu verwenden. Der lange rückläufige Trend bezahlter Arbeitszeit hat sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts abgeschwächt und in einigen Ländern sogar umgekehrt. Gleichzeitig nahmen die aufgewendeten Stunden für Kinderbetreuung in den letzten Jahrzehnten zu. Das Disertationsprojekt integriert Einkommensungleichheit in die Erklärungsansätze dieser Trends. Theoretisch wird untersucht, wie Einkommensungleichheit mit meritokratischen Wettbewerben zusammenhängt, und empirisch analysiert, wie sich Einkommensungleichheit auf die Arbeitszeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit auswirkt. Auf der Grundlage eines theoretischen Rahmens, der soziologische, politikwissenschaftliche und ökonomische Perspektiven kombiniert, werden Zeitverwendungstrends herausgearbeitet und Paneldatenanalysen auf Haushaltsebene durchgeführt.



## Projekte der Emeriti

### **Historische und geografische Veränderungen in der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie**

*Renate Mayntz*

Die Finanzkrise von 2008 verstärkte die sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit für die Beziehung zwischen Politik und Ökonomie. Die Ergebnisse der Arbeiten, die sich zunächst mit Analysen der Finanzkrise und anschließend mit der Regulierung des Finanzsystems beschäftigt hatten, wurden bereits in zwei Sammelbänden publiziert (Mayntz, ed., 2012 und 2015). Die Entstehung der Finanzkrise und die auf sie reagierenden Reformbemühungen werfen eine Reihe theoretischer Fragen auf, die sich im Umkreis der Politischen Ökonomie diskutieren lassen. Die ins 18. Jahrhundert zurückreichende „politische Ökonomie“ erlebte seit den 1970er-Jahren eine schnelle Renaissance. Die Beziehung zwischen den in der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie angesprochenen gesellschaftlichen Teilsystemen Politik und Ökonomie entwickelte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur kritischen Quelle sozialer Dynamik. Das überraschende Entstehen der Finanzkrise von 2008 ließ sich als kontingentes, sozial bestimmtes, aber nicht determiniertes Ergebnis eines Prozesses erklären, in dem in einer bestimmten historischen Situation verschiedene ökonomische und politische Mechanismen zusammenwirkten. Der politikwissenschaftliche Ansatz des „process tracing“ versucht, derartige Prozesse empirisch nachzuzeichnen. Mithilfe einer weiter auszuarbeitenden Theorie der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie sollen die miteinander verflochtenen nationalen und transnationalen Dynamiken mit dem Blick auf die Gegenwart analysiert werden.

### **Die Krise des Kapitalismus der Gegenwart**

*Wolfgang Streeck*

Ausgangspunkt sind 2005 begonnene Studien zur Finanzkrise des Staates im Kapitalismus der Gegenwart. Besondere Aufmerksamkeit galt zunächst der globalen Finanzkrise von 2008. Langfristig zielt das Projekt auf eine makrosoziologische Theorie institutionellen Wandels in modernen kapitalistischen Gesellschaften und, soweit möglich, in Gesellschaften allgemein. Zurzeit entsteht ein Buch über alternative Pfade institutioneller Entwicklung nach dem Ende des Neoliberalismus als hegemoniales Konzept der kapitalistischen politischen Ökonomie (2020). Arbeiten über die allgemeine Dynamik der historischen Entwicklung und insbesondere das Verhältnis von Kontinuität und Entwicklungsbrüchen in komplexen Gesellschaften sollen folgen.



## Weitere Projekte

### **Die Migrationskrise durch den Krieg in der Ukraine: Kurz- und Langzeitfolgen für die Wirtschaft europäischer Länder**

*Evelina Kamyshnykova*

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 löste die größte Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Etwa ein Drittel der Ukrainer mussten ihre Häuser verlassen und wurden Vertriebene im eigenen Land oder Flüchtlinge im Ausland. Eine Krise mit einer solchen Reichweite erfordert eine Debatte über die Herausforderungen und Perspektiven für die Auswirkungen dieses Phänomens. Das Projekt will die Rahmenbedingungen für eine Analyse kurz- und langfristiger sozialer und wirtschaftlicher Konsequenzen von Migration durch den Ukraine-Krieg in Aufnahmeländern der EU ausarbeiten. Mithilfe einer Vergleichsanalyse der Daten von großen internationalen Organisationen, kombiniert mit Länderdaten, sollen die Konsequenzen für die Hauptaufnahmeländer (Deutschland und Polen) und eines Herkunftslands ukrainischer Flüchtlinge in Bezug auf deren Ausmaß, Zeitpunkt und Art systematisiert werden. Im Rahmen systemdynamischer Modelle leistet das Projekt einen Beitrag zur Frage, wie die Folgen von Migration durch den Ukraine-Krieg auf makroökonomische Indikatoren der europäischen Aufnahmeländer ermittelt werden können.



Akinnimi, Ayodeji Stephen .....	38	Kemmerling, Michael .....	41
Arbogast, Tobias .....	38	Kiecker, Maximilian .....	32
Arndt, H. Lukas R. ....	18, 22	Lillie, Karen .....	21
Arslan, Melike .....	16	Locatelli, Camilla .....	33
Baccaro, Lucio .....	25, 26, 28, 29, 30	Mayntz, Renate .....	46
Baumann, Clara .....	39	Neimanns, Erik .....	26, 28
Beckert, Jens .....	15, 16, 17, 18, 20	Nollenberger, Jeremiah .....	42
Bhasin, Puneet .....	29	Oberti, Marco .....	42
Bolelli, Monica .....	39	Özbey, Ebru Ece .....	42
Braun, Benjamin .....	18, 20, 30	Pool, Hannah .....	17
Bremer, Björn .....	26, 27, 30	Pullan, Danielle .....	43
Çevik, Ceren .....	39	Rottensteiner, Valentin .....	43
Crowley, Ned .....	35, 36	Ruas Coelho, Teresa .....	37
Di Carlo, Donato .....	32	Soer, Elizabeth .....	44
Doose, Hanna .....	40	Stamm, Isabell .....	21, 23, 24
Endrejat, Vanessa .....	36	Stausholm, Saila .....	28
Ergen, Timur .....	18	Stratenwerth, Mischa .....	44
Fuchs, Cassandra .....	26	Streeck, Wolfgang .....	46
Gajek, Eva Maria .....	20	Suckert, Lisa .....	19
Gruber, Stephan .....	40	Tarnowski, Agnes .....	45
Hadziabdic, Sinisa .....	26, 27	Tassinari, Arianna .....	26
Hehenberger, Anna .....	41	Terhorst, Laura Carlotta .....	35
Höpner, Martin .....	26, 31, 32	Tisch, Daria .....	21
Hoppe, Alexander D. ....	16	Voss, Dustin .....	29
Ibrocevic, Edin .....	36	Wansleben, Leon .....	34, 35
Iqbal, Osama .....	41	Westrich, Zarah .....	45
Kamyshnykova, Evelina .....	47	Wiest, Franziska .....	24

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Gesellschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte, Unternehmen und die Regulation der Wirtschaft in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

Das MPIfG ist eine der größten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland. Es gilt international als eine der herausragenden Institutionen in den Sozialwissenschaften. Die Reputation seiner Forscherinnen und Forscher, die Attraktivität des Instituts für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler und die Fähigkeit, hochbegabte Doktorandinnen und Doktoranden aus aller Welt anzuziehen, sind Ausdruck seiner weitreichenden und bedeutenden Ausstrahlung. Eine wesentliche Rolle für das internationale Ansehen des Instituts spielt die Kooperation mit Spitzenforschungseinrichtungen in vielen Teilen der Welt.